

Nr.	Partei	TH	EHH (1) FHH (2)	Beschreibung / Erläuterung	Ziel Formulierung eines neuen Ziels / Änderung eines bestehenden Ziels	Maßnahme Formulierung einer neuen Maßnahme / Änderung einer bestehenden Maßnahme	finanzielle Änderung 2025			finanzielle Änderung 2026			Anmerkung der Verwaltung
							Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE	
1	GRÜNE, CDU, SPD, HiB/Volt, FDP/FW, GAL			Gemeinsamer Leitantrag von GRÜNE, CDU, SPD, HiB/Volt, FDP/FW, GAL	Gemeinsam in schwierigen Zeiten Der Gemeinderat stellt fest, dass die Konsolidierung des städtischen Haushalts über den Doppelhaushalt 2025/2026 weit hinausgeht und über die nächsten Jahre eine Kraftanstrengung und eine enge sowie koordinierte Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Kämmerei und Gemeinderat erfordert. Ziel ist es, trotz der angespannten Haushaltslage tragfähige Lösungen für Heidelberg und seine Bürgerinnen und Bürger zu erarbeiten. Wir erwarten vom Oberbürgermeister, dass er Verantwortung übernimmt und einen Konsolidierungsprozess aufsetzt und den Gemeinderat rechtzeitig, kontinuierlich und transparent einbindet und sind bereit, in einer parteiübergreifenden und vertrauensvollen Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte auch schwierige, aber notwendige Entscheidungen gemeinsam zu tragen. Eine nachhaltige Finanzpolitik soll wirtschaftliche Stabilität, soziale Gerechtigkeit, kulturelle Vielfalt und ökologische Verantwortung in Einklang bringen. Investitionen müssen gezielt und zukunftsorientiert erfolgen. Wir beabsichtigen, diesen Konsolidierungsprozess im Sinne der Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger gemeinsam zu begleiten und parteiübergreifend Verantwortung für eine solide finanzielle Zukunft Heidelbergs zu übernehmen.								
2	GRÜNE	1	1			keine Stellenneuschaffung: Digitale Kommunikation / Multimedia Designer/in		-90.000			-90.000		
3	GRÜNE	1	1			Einführung einer Tourismusabgabe 4,5 € pro Person/Nacht ab 18 Jahren, 2,5 € für Jugendherbergen und Campingplätze plus weitere Abgaben für Tagestourist*innen (Reisebusse, Schiffe etc.)	1.000.000			2.000.000			
4	GRÜNE	11	1			Erhöhung Eigenanteil städt. Mitarbeitenden Jobticket (derzeit 18,35€) auf 29€				120.000			
5	GRÜNE	20	1			Der Hebesatz für Gewerbesteuer wird nicht gesenkt (bleibt bei 400). 1 Mio der dadurch generierten Einnahmen fließt in eine zukunftsorientierte Vergabestrategie und aktive Wirtschafts-Standortpolitik in Heidelberg. Ziel: Mittel- und langfristige Ansiedlung von Unternehmen und Start-ups, um die Gewerbesteuereinnahmen zu erhöhen.				2.600.000	1.000.000		
6	GRÜNE	20	1			Erhöhung der Einnahmen durch die Verpackungssteuer				500.000			
7	GRÜNE	20	1			Unterstützung der Aufgabenkritik und mittelfristigen Haushaltskonsolidierung durch externe fachliche Begleitung		100.000			200.000		
8	GRÜNE	37	1			Planungsrate Feuerwehrhaus Freiwillige Feuerwehr Altstadt					50.000		
9	GRÜNE	40	1		Gut ausgestatte Schulen: Schulbetriebsmittel von Globaler Minderausgabe ausnehmen								
10	GRÜNE	41	1			Maßnahmenpaket für die Kultur - Budget zur Stärkung der kulturellen Vielfalt in Heidelberg, Kulturschaffende in Heidelberg stärken, Vielfalt der Szene erhalten trotz Haushaltskrise; Ziel: Gemeinsamer Prozess von Kulturdezernat mit dem AKB, um diese Ziele umzusetzen.		250.000			250.000		
11	GRÜNE	41	1			Defizitausgleich für den Karlstorbahnhof, dazu soll ein strukturelles Konsolidierungskonzept für die kommenden Jahre vorgelegt werden, um das Defizit zu verringern (höhere Auslastung versus mehr Personalbedarf, mehr Vermietungseinnahmen z.B. tagsüber etc.)		256.473			278.000		
12	GRÜNE	41	1			Hip Hop Forum: Kürzung der Förderung um Höhe der Raummiete für "Marlene42"- Teil der Summe soll für Veranstaltungen und Vernetzung der freien Szene genutzt werden, Einrichtung eines Beirats							
13	GRÜNE	41	1			Prinzhorn Machbarkeitsstudie und bereits 2020 beschlossene Verpflichtungsermächtigung. Ohne Zusage fallen 5 Mio Bundesmittel weg.		30.000			23.000		
14	GRÜNE	65	2			Erhöhung der Bauunterhaltsmittel insbes. für Schulen und Schultoiletten, vor dem Hintergrund von Sicherheitsmängeln und Sanierungsstau		500.000			1.500.000		
15	GRÜNE	65	1		Entwicklung einer Finanzierungsstrategie für die energetische Sanierung der städtischen Immobilien								
16	GRÜNE	66	2			Haushaltsentlastung durch Priorisierung von Tiefbaumaßnahmen in Erwartung eines Sondervermögens des Bundes für Infrastruktur und mit Blick auf die finanzielle Entlastung der Kommunen.	250.000			500.000			
17	GRÜNE	67	2			Ausbau von Trinkwasserbrunnen im öffentlichen Raum					75.000		
18	GRÜNE	81	1			Keine weiteren Kürzungen im ÖPNV (kein 2. Maßnahmenpaket)		190.000			950.000		
19	GRÜNE	81	1			Beschleunigung der Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung in den Stadtteilen (Stellen) alt. Erhöhung der Gebühren für Bewirtschaftung	300.000			1.200.000			
20	GRÜNE	81	1		Konzept zur Einführung eines Mobilitätspasses für KFZ-Halter*innen (ggf. flankierend Reduzierung Bewohnerparkgebühren)								

21	GRÜNE	81	1			Wiederherstellung Linie 32		550.000			1.100.000		
22	GRÜNE	81	1			Digitale Parkraumüberwachung vorgezogen einführen und dadurch effizientere Kontrollen ermöglichen (auch am Wochenende) - schnellstmögliche Beschaffung eigenes Scanfahrzeug nach Pilotphase des Landes				150.000			
23	GRÜNE	81	1			Geschwindigkeitsüberwachung verstärken für mehr Verkehrssicherheit - Anschaffung stationäre Blitzer und Enforcement-Trailer oder andere geeignete Möglichkeiten	250.000			500.000			
24	GRÜNE	81	1			Sicherstellung der Umsetzung der Radstrategie 2030 - keine Budgetsperre/Wiederbesetzungssperre in Abteilung nachhaltige Mobilität		90.000			360.000		
25	GRÜNE	HDM	1			Rücknahme Kürzung Förderprogramm Jugendkultur		75.000			75.000		
26	GRÜNE	16/50/51/1/3 1	1			Maßnahmenpaket: Soziale Infrastruktur erhalten: Gemeinsamer Prozess mit Verwaltung und Sozialpolitiker*innen: Ausgleich von Leistungseinbußen aufgrund des Einfrierens auf Stand 2024 - Angebot an Schulsozialarbeit erhalten - Umsetzung des Hafa-Beschlusses bzgl. der Finanzierung der Frauenhäuser - Stärkung der Präventions- und Beratungsarbeit von Mosaik e.V. - Queer Spaces unterstützen - Rücknahme der Kürzungen Migrationsbeirat - Übergangslösung für das "Eine Welt Zentrum" - Verein gegen Müdigkeit: Kriminalitätsprävention erhalten		500.000			500.000		
27	GRÜNE	16/50	1		Durchführung einer "Woche der mentalen Gesundheit" ab 2026 in Kooperation mit den verschiedenen psychosozialen Präventionsstellen, der Universität, der Universitätsklinik, dem Netzwerk Altersforschung								
28	GRÜNE	51/T&O	1		Gerechte, solidarische und Neustrukturierung der Beitragsstufen einschließlich der Einführung einer zusätzlichen Einkommensstufe VII für Familien mit sehr hohem Einkommen, um soziale Ausgewogenheit zu gewährleisten. Die Geschwisterermäßigung sowie das Gutscheinmodell bleiben erhalten.			143.000			307.000		
29	GRÜNE	EB	1		Theater: Konsolidierungsprozess mit externen Beratern zur langfristigen Sicherung des Theaterbetriebs auch in zukünftigen Haushalten								
30	GRÜNE	FW	1			Einführung der Grundsteuer C				500.000			
31	GRÜNE	TW	1			Ergänzung des Förderprogramms junges Wohnen im Hinblick auf Gemeinschaftsflächen durch Fördertopf					100.000		
32	GRÜNE	46	1		Musikschul-Stellenkürzungen so gestalten, dass die Orchesterarbeit nicht gefährdet wird								
							1.800.000	2.594.473	0	8.070.000	6.678.000	0	597.527

Vordruck Änderungsanträge zum Haushaltsplanentwurf 2025/2026

Nr.	Partei	TH	EHH (1) FHH (2)	Beschreibung / Erläuterung	Ziel Formulierung eines neuen Ziels / Änderung eines bestehenden Ziels	Maßnahme Formulierung einer neuen Maßnahme / Änderung einer bestehenden Maßnahme	finanzielle Änderung 2025			finanzielle Änderung 2026			Anmerkung der Verwaltung
							Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE	
1	CDU	1	1	4 x E12 (Dezernatsreferenten, Büroleitungen)	Stellenaufwuchs vermeiden. Stellen können aus den	Stellen streichen	420.000			420.000			
2	CDU	1	1	Mehr junge Feierkultur	Nach Corona nicht mehr notwendig	Streichen	100.000			100.000			
3	CDU	1	1	Stadtteilbudgets	Betrag zu hoch. Wird z.T. nicht ausgeschöpft.	Reduzierung um 100000 Euro p.a.	100.000			100.000			
4	CDU	12	1	Heidelbergstudie		nur noch alle 2 Jahre durchführen	15.000			15.000			
5	CDU	12	1	Stelle für Medienforum Emmertsgrund		Streichung							
6	CDU	12	1	Quartiersmanagement Bergheim		Streichung							
7	CDU	23	2	Liegenschaften	Veräußerung von Liegenschaften, um langfristig Gebäudeunterhalt zu reduzieren	Veräußerung unwirtschaftlicher und nicht benötigter Liegenschaften	5.000.000			5.000.000			
8	CDU	37	1	Netzersatzanlage NH		Anschaffung (Lieferzeit nach Bestellung min. ein Jahr)				200.000			
9	CDU	14/15	1	Maßnahmen für die kommunale Informations	Finanzierung von Maßnahmen zur Erhöhung der kommunalen Resilienz gegenüber hybriden	Maßnahmen für die kommunale Informationssicherheit und Resilienz, hybride Sicherheit für Kommunen		500.000		500.000			
10	CDU	LT	1	Festival feeLIT	Co-Finanzierung und Spenden ermöglichen, Synergieeffekte bei Raumnutzung ermöglichen	Verlagerung des Festivals in städtisch finanzierte Räumlichkeiten, Gründung einer GmbH				200.000			
11	CDU	51	1	Kita-Gebühren	genaue Analyse der Belastungen der Familien, neue Gebührenstrukturen schaffen (nach HH)	Grenzen anheben, 7. Entgelstufe einführen		140.000		300.000			
12	CDU	51	1	Schulsozialarbeit	Qualität der Schulsozialarbeit erhalten								
13	CDU	61		Betriebshof	Kostengünstigere Variante an Ort mit mehr Fläche, dauerhaft weniger Unterhalt	Verlagerung Betriebshof außerhalb Bergheim							
14	CDU	52		Woche der mentalen Gesundheit für junge Menschen	Finanzierung einer jährlichen Aktionswoche ab 2026 zur Aufklärung und Prävention im Bereich der	Durchführung einer Woche der mentalen Gesundheit ab 2026							
15	CDU			Rad- und Fußwegebrücke	Neue Maßnahmen sollen aufgrund der HH-Situatiion nicht begonnen werden.	Planungen einstellen, da keine notwendige Maßnahme zur Erneuerung von Brücken, sondern neue Maßnahme							

Nr.	Partei	TH	PLP	EH o. FH	Beschreibung /	Ziel	Maßnahme	finanzielle Änderung 2025			finanzielle Änderung 2026		
						Formulierung eines neuen Ziels /	Formulierung einer neuen Maßnahme /						
						Änderung eines bestehenden Ziels	Änderung einer bestehenden Maßnahme	Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE
NR	Partei	TH	PLP	EH o. FH	Beschreibung /	Ziel	Maßnahme	Ertrag 25	Aufwand 25	VE 25	Ertrag 26	Aufwand 26	VE
1	SPD	1			Leitantrag Konsolidierung								
2	SPD	01	11.10	EH	Den Dezernent:innen soll es ermöglicht werden, Referent:innen zu beschäftigen, jedoch soll dies vor dem Hintergrund der aktuellen Haushaltslage ohne zusätzlichen Aufwuchs im Stellenplan geschehen	Stellenplan S. 105	Stellen (4 VZÄs) streichen		- 420.000,00 €			- 420.000,00 €	
3	SPD	01	11.14	EH	Städtepartnerschaft mit Odessa soll intensiviert werden	Stadtjugendring	Unterstützung Odessa: "Urlaub vom Krieg" priorisieren						
4	SPD	01, S. 12	11.14b	EH	Durch die Einschränkung sollen Doppelförderungen vermieden werden.	Junge Feierkultur	Ziel 1, M6 NEU Überarbeitung der Kriterien unter den folgenden Prämissen: Fokussierung auf Parties und Kultur. Keine Antragsstellungsmöglichkeit für diejenigen, die bereits eine städtische Förderung bekommen. Hierdurch Doppelförderungsstruktur vermeiden					20.000,00 €	
5	SPD	11	global	EH	da laut RE 2023 kaum neue Stellen geschaffen worden sind, wird Notwendigkeit weiterer Stellen nicht gesehen	Sonstige ordentliche Aufwendungen - hier: Geschäftsaufwendungen:	Mittelkürzung		- 130.000,00 €			- 130.000,00 €	
6	SPD	12	11.14	EH	Im dritten Evaluationsbericht zur mitgestaltenden Bürgerbeteiligung (Vgl. DS 0078/2023/IV) wurde diese als bundesweit überdurchschnittlich herausgestellt. Die Arbeitsgruppe sah keinen inhaltlichen Änderungsbedarf, sondern gab lediglich 12 Handlungsempfehlungen ab. Vor dem Hintergrund des bereits bestehenden hohen Niveaus sehen wir keine Handlungsbedarfe, die einen i.V. zum RE 2023 höheren Mehrbedarf rechtfertigen.	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen - hier: Leitlinien für mitgestaltende Bürgerbeteiligung	Mittelkürzung orientiert am RE 2023. Einrichtung der digitalen Bürgerplattform in DHH 27/28		- 80.000,00 €			- 100.000,00 €	
7	SPD	12	global	EH	Halbierung Stellenzuwachs infolge HH-Konsolidierung. Dies inkludiert eine Amtsleiterstelle	Stellenplan S. 91ff.	Streichen AL Stelle infolge von Zusammenlegung AMT 12 in AMT 61		- 100.000,00 €			- 200.000,00 €	
8	SPD	12, S. 13	51.10	EH	Projektmittel für die soziale Arbeit im Bella Park	Transferaufwendungen	Projektmittel aus Mittendrinnenstadt für 2025. Zusätzliche Projektmittel für 2026 aus den Stadtteilbudgets generieren					10.000,00 €	
9	SPD	13	11.30	EH	Festschreibung des Planniveaus 2024	Stellenplan S. 91ff.	Streichen Stellenaufwuchs (1 Stelle)		- 40.000,00 €			- 200.000,00 €	
10	SPD	13	11.30.05	EH	Von der VW angegebener Mittelaufwuchs wird angesichts des i.V. zu DHH 23/24 nahezu gleichbleibenden Aufgabenportfolios nicht gesehen.	Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen - hier: Pressearbeit	Mittelkürzung auf Plan 2024		- 11.000,00 €			- 11.000,00 €	
11	SPD	15	12.21	EH	Ermöglichen von Sondernutzungen für Beschäftigte	Anwohnerparken	Sondernutzungsausweis für Beschäftigte zum selben Preis	600.000,00 €			600.000,00 €		
12	SPD	15, S. 9	12.20	EH	Einsparungen u.a. auch aufgrund der neuen Sperrzeiten	Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen	Budget reduzieren an den Posten: Bekämpfung Tigermücke reduzieren (Prüfung externer Dienstleister oder Vergabe an Universität), Nightcoaches reduzieren (neue Sperrzeitenregelung)		- 100.000,00 €			- 100.000,00 €	
13	SPD	16, S. 15	11.14.02	EH	Vorschlag LuCa - Wir für Streichung, dann Gelder an Frauennotruf; Vertragskündigung nötig	LuCa-Förderung	komplett streichen in 2026 und an Frauennotruf angliedern					- 41.277,00 €	
14	SPD	16, S. 15	11.14.02	EH		Frauennotruf	Mittelerhöhung		22.100,00 €			47.000,00 €	
15	SPD	16, S. 19	11.14.00	EH	Weitere Versorgung mit Hilfsmitteln sicherstellen	Behindertenbeauftragte - Hilfsmittelpool	Mittelerhöhung		14.400,00 €			14.400,00 €	
16	SPD	20, S. 5	global	EH	Nur 4 statt 6	Stellenplan S. 91ff.	Reduktion Stellenaufwuchs (4 statt 6 Stellen)		- 150.000,00 €			- 200.000,00 €	

17	SPD	20, S. 8		EH	Die haben bei HKK mit 6 Mio. pro Jahr fast komplett den Betrag nach der außerplanmäßigen Mittelerrhöhung fortgeschrieben (Vgl. 0373/2024/BV) - in der im selben HAFA aufgerufenen nicht-öffentlichen Vorlage (0185/2025/IV) steht Folgendes drin: "Im Wirtschaftsplan der Heidelberger Kultur- und Kongressgesellschaft mbH ist für das Jahr 2025 ein Zuschuss in Höhe von 5.225.000 Euro eingeplant. Dieser Zuschuss wird nicht ausreichen, um ein ausgeglichenes Ergebnis erzielen zu können. Die Geschäftsführung wurde aufgefordert, über eine stringente Bewirtschaftung der Mittel 2025 eine deutliche Reduzierung des Jahresdefizites zu erreichen. Im Rahmen der Abwicklung des Wirtschaftsjahres 2025 wurde ein laufender Austausch mit dem Gesellschafter vereinbart "	Zahlungen an die Beteiligungsunternehmen	Kürzung Ansatz HKK, GF soll Defizit wie in Vorlage 0185/2024/IV beschreiben durch stringentes Wirtschaften SELBST reduzieren.		-	775.000,00 €		-	775.000,00 €	
18	SPD	31, S. 4, 13	56.10	EH	Beitrag zur HH-Konsolidierung	VRN-Ticket "Umweltfreundlich mobil"	Streichung		-	80.000,00 €		-	80.000,00 €	
19	SPD	31, S.15	56.10	EH	Beitrag zur HH-Konsolidierung	Sanierungskampagne	evtl. einzelnen Posten reduzieren		-	30.000,00 €		-	30.000,00 €	
20	SPD	31, S.9	55.40	EH	Projekt langsamer steigern.	Naturschutz- & Landschaftspflege u.a. Lernort/Umweltbildung	Erhöhung reduzieren		-	50.000,00 €		-	50.000,00 €	
21	SPD	40, S.15	21.10-30	FH	Mittel für Sanierungen der Schulen erhöhen, um auch Kapital an die GGH/BSG zur Eigenkapitalstärkung geben zu können.	Baumaßnahmen Schulen 2026	Übertrag an die BSG zum Start des 5-Schulen-Projekts. Beginn mit Kurpfalzschule und Helmholtz gymnasium.						2.000.000,00 €	
22	SPD	40, S.15	21.10-30	FH	Mittel für Sanierungen der Schulen erhöhen	Baumaßnahmen Schulen 2026	Mittelerhöhung						2.000.000,00 €	
23	SPD	40, S.7	27.10	EH	12.000 pro Jahr an Stiftungsvermögen	Transferaufwendungen - hier: Zuschuss an die Akademie für Ältere	Mittelkürzung und rechtliche Prüfung wie man mittelfristig an das Stiftungsvermögen kommt		-	12.000,00 €		-	12.000,00 €	
24	SPD	40, S.7	27.10	EH	Einsparungen Wieblingen sollen durchgeführt werden. 202.000 € verbleiben mit dem Zweck zum Ausgleich des Defizits 2024. Der Zuschussansatz wird ab 2027 um die eingesparten Mietkosten Wieblingen gemindert.	Volkshochschule	Aufgabe der angemieteten Räumlichkeiten in Wieblingen. Eingesparte Mittel sollen zum Zweck des Ausgleichs des Defizits 2024 genutzt werden. D.h. der Haushaltsansatz bleibt so bestehen. Ab 2027 Minderung des HH-Ansatzes um die eingesparten Miete etc. in Wieblingen							
25	SPD	41		FH	Durch den zusätzlichen Zuschuss sollen Planungsleistungen für den seit 2019 avisierten Anbau finanzieren	Transferaufwendungen - hier: Sammlung Prinzhorn	erste Rate Stadt für Planungskosten			50.000,00 €			50.000,00 €	
26	SPD	41, S. 10	26.20. 28.10	EH	Durch die Kulturförderleitlinien soll eine transparente, ausgewogene und zielgerichtete	Ziel 1: Weiterentwicklung der Kulturszene in Heidelberg	M2 NEU: Neukonzeption Kulturförderleitlinien inkl Orientierung neues SDG 18 "Kultur" (wenn es von UN herausgegeben wird)							
27	SPD	41, S. 4	28.10	EH	Beitrag zur HH-Konsolidierung - Reduzierung freiwilliger Aufgaben	Livemusikförderung	in diesem DHH Ansatz reduzieren		-	15.000,00 €		-	15.000,00 €	
28	SPD	41, S. 4	28.10	EH	Fortführung der Arbeit in etwa wie in 2023 über Projektmittel	Hip Hop-Forum	Mittelkürzung		-	50.000,00 €		-	50.000,00 €	
29	SPD	41, S. 6	28.10	EH	Ausgleich des Defizits, um Handlungsfähigkeit der Organisation sicherzustellen	Karlstorbahnhof	Mittelerhöhung zum Ausgleich des Defizits			250.000,00 €			290.000,00 €	
30	SPD	41, S. 6	28.10	EH	Förderung der Französischen Woche	Förderung einer Halbtagsstelle	Erhöhung Zuschuss Französische Woche						34.000,00 €	
31	SPD	46, S. 3	26.30	EH	Musik- und Singschule mittelfristig konsolidieren. Dafür benötigt sie jetzt noch mehr Mittel	Personalkosten der MSS realistisch abbilden und die Ausbildung nicht gefährden. Dennoch ist eine Konsolidierung notwendig.	Mittelreduktion zum Großteil zurücknehmen.			250.000,00 €			250.000,00 €	
32	SPD	50	31.10 31.40 31.60 31.80 32.10	EH	Bei der sozialen Arbeit darf nicht gespart werden oder Leistungen reduziert werden.	Personal- und Sachkosten der Produktgruppen.	Dynamisierung Personal und Sachkosten belassen und zusätzlich einen Topf bereitstellen, um die Personalkostensteigerungen der letzten beiden Jahre mit abzudecken.			45.000,00 €			45.000,00 €	
33	SPD	51		EH	Systemwechsel mit dem Ziel der Entlastung für Eltern gerade im Schwellenbereich und einer faireren Beteiligung	LEITANTRAG KINDERBETREUUNG	Faire Verbesserungen für mittlere Einkommen prüfen bei unverändertem Ansatz der Entgelte. Orientierung am Ulmer Modell, was keine Stufen, sondern eine prozentuale Gebühr festgelegt hat.							

34		51	36.50	EH			(Erhöhung für 2025 ursprünglich erst in 2026 vollziehen) unter Prämisse des Systemwechsels und Geschwisterermäßigung nicht streichen	- 90.000,00 €	90.000,00 €		- 90.000,00 €	360.000,00 €	
35	SPD	51, S. 15	36.80	EH		Kooperation und Vernetzung NEU: Kinderbeauftragte	Einführung Budget K für kleinere Projekte von Kinderbeauftragten		5.000,00 €			10.000,00 €	
36	SPD	51, S. 16	36,80	EH	Ist bei den HDD angesiedelt - Leistung wird gestrichen - Stellen sollen anderen Aufgabenfeldern zugeordnet	Bündnis für Familie	Mittelstreichung	-	54.650,00 €		-	109.300,00 €	
37	SPD	51, S. 6	36.20.	EH		Stadtjugendring, Jugend- und Sport-gruppen, integrale Förderangebote GTS Emmertsgrund, Suchprävention für Kinder und Jugendliche, Kinder- und Jugenderholung, mobile Jugendarbeit in Kirchheim	Dynamisierung 2,5%/ a festschreiben + Kompensation der Tarifsteigerung 24		57.000,00 €			76.000,00 €	
38	SPD	51, S. 6	36.20	EH		Schulsozialarbeit	1. die zwei neuen Stellen an den Grundschulen (sind zu schaffen 2. Es ist für 2025 und 2026 eine Dynamisierung jeweils in Höhe von 2,5% festzuschreiben + Kompensation der Tarifsteigerung 24		405.000,00 €			595.000,00 €	
39	SPD	51, S. 8	36.30	EH		Erziehungsberatungsstellen, Soziale Arbeit Mörgelgewann, begleiteteter Umgang, Familienpaten	Dynamisierung 2,5%/ a festschreiben + Kompensation der Tarifsteigerung 24		114.000,00 €			152.000,00 €	
40	SPD	51, S. 8	36.30	EH	Qualitätspauschale wird erhalten, aber reduziert	Qualitätspauschale Kindertagespflege	Heidelberger Qualitätspauschale in der Kindertagespflege wird ab 2025 von 40 auf 20 € pro Kopf reduziert		152.000,00 €			152.000,00 €	
41	SPD	52		EH	Sportboxen		3 weitere Sportboxen in den Randstadtteilen mit Sponsoren zur Verfügung stellen						
42	SPD	63, S. 13	52.20	FH	Balkonkraftwerke sind im Preis deutlich gesunken, daher eingeplantes Fördervolumen in der Höhe nicht mehr erforderlich	Rationelle Energieverwendung	Reduktion auf 500k, Balkonkraftwerke streichen...	-	500.000,00 €		-	500.000,00 €	
43	SPD	63, S. 8	52.20	EH	Wohnungsmarkt in Heidelberg weiter gerechter gestalten,	Monitoring Wohnungsleerstand und Zweckentfremdung	Neu: Wohnraumüberwachung, Leerstand ahnden und Mietpreisüberhöhung verfolgen. Bußgelder ausstellen	50.000,00 €	50.000,00 €		150.000,00 €	100.000,00 €	
44	SPD	63, S. 8	52.20	FH	Keine Doppelförderung oder Förderung mit wenig Ertrag	Förderprogramm Wohnen	Summe reduzieren	-	50.000,00 €		-	100.000,00 €	
45	SPD	67, S. 23	55.10	FH	Aufenthaltsqualität durch zusätzliche Abkühlung verbessern	OASIS etc. - hier: Trinkwasserbrunnen	Hospital: Trinkwasserbrunnen oder Wasserzerstäuber ergänzend zum Wasserspielplatz für Kinder, Grahampark Handschuhsheim ebenfalls Wasserstelle. Zudem ein Trinkwasserbrunnen in der Emmertsgrundpassage		60.000,00 €			60.000,00 €	
46	SPD	80, HDM, HKK, TP, KKW			Leitantrag Wirtschaft								
47	SPD	81	12,,21	EH	Ruhenden Verkehr mit Scan-Fahrzeug überwachen und dadurch den GVD entlasten und gleichzeitig die Verkehrssicherheit erhöhen.	Ziel 1	M8 ändern: GVD mit dem Scan-Fahrzeug entlasten und Kennzahlen von 2019 bei der Überwachung des ruhenden Verkehrs erreichen	700.000,00 €			1.400.000,00 €		
48	SPD	81, rnv	54.70	EH	Verbesserung der ÖPNV-Anbindung auf dem Berg und in Rohrbach	ÖPNV stabilisieren	Linie 27 soll den gesamten Boxberg bedienen und die Linie 24 weiterhin am Wochenende und bis Rohrbach-Süd fahren. Dafür sollen alle Straßenbahnen in der Stadt am Samstag im 15-Minuten-Takt fahren.						
49	SPD	81, S. 16	51.10	EH	Unnötige Förderungen streichen	Transferaufwendungen	Dezentrale Mobilitätsberatung streichen	-	56.000,00 €		-	56.000,00 €	
50	SPD	FW		EH	Tourismusabgabe	Höherer Ertrag	3,5€ pro Übernachtung im Durchschnitt	700.000,00 €			1.500.000,00 €		

51	SPD	FW, S.5f.	61.10	EH	Die vom OB avisierte Senkung der Gewerbesteuer führt unserer Auffassung nach nicht zu einem verstärkten Ansiedeln von Unternehmen in den nächsten Jahren. Auch vor dem Hintergrund der schwachen Nachfrage sowie der Rückgabe von Gewerbegrundstücken in den vergangen Jahren ist auch kein positiver Trend absehbar. Die Senkung würde somit nur zu Mitnahmeeffekten führen.	Gewerbesteuer	Hebesatz auf 400 v.H. belassen				3.900.000,00 €		
52	SPD	FW, S.5f.	61.10	EH	Durch die Einführung der Grundsteuer C soll darauf hingewirkt werden, dass noch freie Baugrundstücke für die Wohnbebauung veräußert oder vom Eigentümer selbst bebaut werden. Der angesetzte Hebesatz orientiert sich hierbei an demjenigen der Stadt Tübingen	NEU: Grundsteuer C	NEU: Grundsteuer C einführen mit einem Hebesatz von 400 v.H.	600.000,00 €	20.000,00 €		1.600.000,00 €	20.000,00 €	
53	SPD	FW, S.5f.	61.10	EH	Mit der Einführung der Kulturförderabgabe sollen Kultur und Tourismus gestärkt werden sowie stärker an den Kosten beteiligt werden	NEU: Kulturförderabgabe	NEU: Kulturförderabgabe einführen auf Eintritte von Veranstaltungen und touristischen Attraktionen analog zu Weimar	500.000,00 €	50.000,00 €		1.500.000,00 €	100.000,00 €	
54	SPD	FW, S.8	61.10	EH	Zweitwohnungsteuer erhöhen. Ziel, dass mehr Menschen mit dem Erstwohnsitz in Heidelberg wohnen und die Stadt dadurch mehr Zuweisungen bekommt.	Anhebung Zweitwohnungsteuer	Anheben auf 20 v.H. der Nettokaltmiete.	200.000,00 €			400.000,00 €		
55	SPD	IZ, S. 6	11.14.08	EH	Vorgabe zur Verbesserung der Ertragssituation im Teilhaushalt	Ziel 1	M7 NEU: Nachhaltige Verbesserung der Einnahmesituation durch Bewirtschaftung der Räume						
56	SPD	IZ, S. 7	11.14.08	EH		Ziel 2	M6 NEU Es sollen mittelfristig gemeinsam mit der Ausländerbehörde neue, günstigere Räume bezogen werden und die bestehenden gekündigt.						
57	SPD	KKW, S. 3	57.10	EH	Bisher hat das Programm zu wenigen Ergebnissen geführt - Mittelansatz vor diesem Hintergrund nicht gerechtfertigt	Förderprogramm Kultur- und Kreativwirtschaft	Halbierung Förderprogramm Kultur- und Kreativwirtschaft		- 32.500,00 €			- 32.500,00 €	

Ertrag 25	Aufwand 25
3.260.000,00 €	- 298.650,00 €
- €	- 440.000,00 €

Ertrag 26	Aufwand 26		
10.960.000 €	7.323,00 €	Geamteinsparung	14.511.327,00 €
0 €	3.510.000,00 €		

[illegible]

Amt 51

S.10, PG 5€ Ziele und Maßnahmen: M3 Neu

Familien sind das Rückgrat unserer Gesellschaft. Eine gute Kinderbetreuung und gezielte Familienförderung sind essenziell für die Zukunft Heidelbergs.

Eltern müssen entlastet, nicht stärker belastet werden. Wir setzen uns für eine faire Beteiligung an Betreuungskosten, den Ausbau von Schulsozialarbeit sowie die Sicherstellung qualitativ hochwertiger frühkindlicher Bildung ein.

1. Neues Berechnungsmodell der Kita-Gebühren

Das aktuelle Gebührensystem führt zu einer ungleichen Belastung der Familien. Wir fordern eine sozial gerechtere Staffelung der Gebühren, die:

- die arbeitende Mitte entlastet,
- eine stärkere soziale Differenzierung einführt,
- Anreize zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf schafft.

Die Verwaltung wird beauftragt, ein neues Berechnungsmodell vorzulegen, das einkommensabhängig eine gerechtere Verteilung der Kosten sicherstellt und die arbeitende Mitte entlastet.

2. Ausbau der Schulsozialarbeit

Die Schulsozialarbeit leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Kürzungen in diesem Bereich sind keine Option. Stattdessen setzen wir uns dafür ein:

- die Personalkostensteigerungen an die sozialen Träger weiterzugeben
- die Stellen auszubauen, um Schulen besser zu unterstützen,
- Schulstandorte mit zusätzlichem Bedarf zu fördern.

3. Verbesserung der Kita-Arbeit

- Wlan in den Kitas ausbauen
- Kita-App zur Kommunikation einführen
- verlässliche Betreuung in den Kitas

Fit für 2030!

Heidelberg steht vor großen finanziellen Herausforderungen. Steigende Pflichtausgaben, wachsende Anforderungen an die Stadtentwicklung und begrenzte Einnahmequellen machen eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung unumgänglich. Gleichzeitig darf dies nicht zulasten der sozialen Infrastruktur gehen. Die SPD-Fraktion setzt sich daher für einen **ausgeglichene Haushalt bis 2030** ein, der finanzielle Stabilität mit sozialer Verantwortung verbindet. Die Verwaltung wird beauftragt, bis Ende 2025 einen belastbaren **Fahrplan „Fit für 2030“** zu erarbeiten, um die Stadt schrittweise auf einen nachhaltigen und ausgeglichenen Haushalt hinzuführen – ohne soziale Kürzungen und mit einer intelligenten Modernisierung der Verwaltungsstrukturen.

Ziele des Konsolidierungsfahrplans

- Soziale Stadt hat Vorrang!

- Heidelberg soll ein Ort bleiben, an dem soziale Sicherheit, Teilhabe und Chancengleichheit gewährleistet sind.
- Es darf keine Kürzungen geben, die Kinder, Familien, ältere Menschen oder sozial Benachteiligte besonders hart treffen.

Kinder sind unsere Zukunft!

- Investitionen in Bildung, Betreuung und Jugendeinrichtungen müssen gesichert bleiben.
- Keine Einsparungen bei der frühkindlichen Bildung und sozialen Angeboten für Kinder und Jugendliche.

Ein ausgeglichener Haushalt bis 2030

- Heidelberg muss langfristig finanziell handlungsfähig bleiben.
- Bis 2030 sollen Erträge und Aufwendungen im Haushalt in ein stabiles Gleichgewicht gebracht werden.
- Einnahmesteigerungen und strukturelle Anpassungen müssen dabei im Mittelpunkt stehen – nicht blinde Kürzungen.

Fahrplan für die Konsolidierung bis Ende 2025

- Die Verwaltung wird beauftragt, einen **Konsolidierungsfahrplan „Fit für 2030“** zu erstellen.
- Dieser Fahrplan muss konkrete Maßnahmen enthalten, die ab 2027 umgesetzt werden.

Organisationsgruppe zur Haushaltskonsolidierung

- Eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe innerhalb der Stadtverwaltung soll bis Ende 2025 einen Konsolidierungsfahrplan erarbeiten.
- Diese Gruppe soll sich zusammensetzen aus:
 - OB Referat (federführend)
 - Organisations- und Personalamt
 - Kämmeriamt
 - Sozial- und Jugendamt (um soziale Auswirkungen zu prüfen)

1. Strukturelle Veränderungen prüfen

- Die bisherige **Strukturkommission hat keine grundlegenden Veränderungen** angestoßen. Die Verwaltung wird daher beauftragt, konkrete Strukturmaßnahmen zu prüfen, z. B.:
 - **Ämter auslagern**: Prüfen, ob das Amt für Abfallwirtschaft in eine eigene Gesellschaft überführt werden kann.
 - Ämter zusammenlegen
 - **Prozesse optimieren**: Verwaltungsabläufe digitalisieren und effizienter gestalten, um langfristig Kosten zu sparen.
- **Kennzahlen zur Vergleichbarkeit und Steuerung ansetzen (z.B. Zuschuss pro Ticket)**
- konsequente Bewirtschaftung/Vermietung von städtischen oder städtisch geförderten Räumen

Amt 80, HDM, HKK, KKW, TP

Die Wirtschaftsförderung Heidelbergs steht vor neuen Herausforderungen und Chancen.

Um den Wirtschaftsstandort Heidelberg zukunftsfähig aufzustellen, schlagen wir eine umfassende Reform der Strukturen vor.

Dabei orientieren wir uns an erfolgreichen Modellen, wie der Freiburg Wirtschaft Touristik und Messe GmbH & Co. KG (FWTM), und schlagen die Gründung einer eigenen städtischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft vor: der Heidelberg Wirtschaft, Innovation, Marketing und Kongress GmbH.

1. Ziele der neuen GmbH

Die Gesellschaft für Tourismus, Marketing, Kongresse und Wirtschaft Heidelberg wird als zentrale Akteurin die wirtschaftliche Entwicklung Heidelbergs koordinieren und folgende Kernaufgaben übernehmen:

Standortmarketing & Investorenservice

- Heidelberg als attraktiven Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort national und international positionieren.
- Unternehmen bei Ansiedlung und Expansion begleiten.

Innovations- & Gründungsförderung

- Kooperation mit Universitäten, Forschungsinstituten und Start-ups intensivieren.
- Aufbau eines Innovationsfonds zur Förderung junger Unternehmen.

Kongress- & Veranstaltungsmanagement

- Heidelberg als Kongress- und Tagungsstandort stärken.
- Kultur- und Großevents fördern, um die Attraktivität der Stadt zu erhöhen.

Gewerbeflächenentwicklung & Stadtentwicklung

- Optimierung des Gewerbeflächenmanagements und nachhaltige Nutzung bestehender Flächen.
- Entwicklung von Konzepten für moderne Arbeits- und Innovationsquartiere.

2. Struktur und Organisation

Die neue Gesellschaft wird als GmbH gegründet, an der die Stadt Heidelberg als Mehrheitsgesellschafterin beteiligt ist.

Ein Aufsichtsrat mit Vertreter*innen der Verwaltung, Wissenschaft, Wirtschaft und Politik stellt die strategische Steuerung sicher.

Die Gewerbeflächen der Stadt Heidelberg werden der neuen GMBH übertragen.

Vordruck Änderungsanträge zum Haushaltsplanentwurf 2025/2026													
Nr.	Partei	TH	EHH (1) FHH (2)	Beschreibung / Erläuterung	Ziel Formulierung eines neuen Ziels / Änderung eines bestehenden Ziels	Maßnahme Formulierung einer neuen Maßnahme / Änderung einer bestehenden Maßnahme	finanzielle Änderung 2025			finanzielle Änderung 2026			Anmerkung der Verwaltung
							Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE	
1	HDer	Leitantrag		Ohne eine übergeordnete Controlling-Funktion werden wir die dringend notwendige Haushaltskonsolidierung nicht effektiv umsetzen können. Diese Stelle ist entscheidend für den Erfolg und ermöglicht mittel- und langfristig die Sicherstellung der Stabilität und Zukunftsfähigkeit der Stadt. Sie sorgt dafür, dass die Ziele, die Politik und Verwaltung gesetzt haben, kontinuierlich überprüft und deren Einhaltung regelmäßig berichtet wird. Bei Abweichungen von den Zielen können wir uns auf objektive und transparente Grundlagen stützen, um gezielte Maßnahmen zu ergreifen.	1. transparente und nachvollziehbare Haushaltsführung 2. zielorientierte Steuerung und nachhaltige Konsolidierung 3. laufende Budgetkontrolle und systematische Ergebnisverbesserung über alle Bereiche	Aufbau einer zentralen Controlling-Funktion in der städtischen Verwaltung							
2	HDer	FW		Gesetzesänderungen sind für einen Großteil der enormen Kostensteigerungen verantwortlich. Dann muss hierfür auch ein finanzieller Beitrag geleistet werden. Gleichzeitig soll die Kommune bestehende Förderungen ausnutzen und nicht immer individuelle Wege gehen und „Heidelberger Modelle“ schaffen.	Konexitätsprinzip zwischen Bund, Land und Kommunen muss wieder eingehalten werden.	Auf ein kommunales Entlastungsprogramm der Bundesregierung hinwirken							
3	HDer	FW		Der Gemeinderat muss im Blick behalten, dass sich die Anzahl des Personals an den Aufgaben orientiert. Bzw. dass das vorhandene Personal aufgaben- und dienstleistungsorientiert eingesetzt wird und hier mehr Flexibilität realisiert wird.	Weitere Einsparungen seitens der Verwaltung durch eine stärkere Aufgabenkritik ermöglichen	Aufgabenkritik							
4	HDer	FW		Wenn die Verwaltung Bürokratieabbau und Ermöglichungskultur ernsthaft betreibt und die Spielräume nutzt, spart dies erhebliche Ressourcen sowohl bei der Verwaltung, als auch bei Bürgerinnen und Bürgern oder Unternehmen. Die Verwaltung selbst muss Ermöglicher sein.	Einsparung von Ressourcen bei Verwaltung, Bürgern und auch Unternehmen	Bürokratieabbau und Ermöglichungskultur							
5	HDer	FW			Kernthemen herausfiltern und umsetzen	Realistische Priorisierung							
5	HDer	FW			Reduktion der Kosten für Miete, Personal und Sachmittel	Doppelstrukturen auflösen und Synergieeffekte nutzen							
6	HDer	1		Keine übergeordnete Priorität für Stellenneuschaffungen, Stellenschaffungen nur im unabwiesbaren Ausnahmefall	Kostensparnis	4 Personalstellen „Büroleitungen der Dezernenten“ streichen	420.000			420.000			
7	HDer	1		Deckelung der Ansätze 2025/2026 auf das Niveau von 2024. Was für Mitarbeitende und Zuschussempfänger gilt, muss selbstverständlich auch für den Gemeinderat gelten.	Kostensparnis	Keine Erhöhung der Sitzungsgelder für ehrenamtliche Tätigkeit der Stadträtinnen und Stadträte	159.000			159.000			
8	HDer	1			Zugewinn an Aktivitäten für Kinder in den Stadtteilen und mehr Teilhabe für Kinder ermöglichen.	Sachkostenbudget für Aktionen der Kinderbeauftragten (insgesamt 5.000 € aus dem Stadtteilbudget reservieren)							
9	HDer	12		Nachdem aktuell noch keine Bau- oder Sanierungsmaßnahmen in PHV begonnen wurden, ist nicht davon auszugehen, das 2026 eine nennenswerte Anzahl an Bürgerinnen und Bürgern in PHV lebt.	Kostensparnis	Stadtteilmanagement PHV zurückstellen				120.000			
10	HDer	12		Stadtteilkümmerer an die etablierte Struktur der Stadtteilvereine, Stadtteilmanagements und Vereinskümmererin im OB-Referat angliedern	Kostensparnis durch Auflösen der Doppelstruktur	2 Stellen „Stadtteilkümmerer“ streichen, verbleibende Stellen umstrukturieren	180.000			180.000			
11	HDer	20			Tagestouristen an Kosten für touristische Infrastruktur beteiligen	Ausweitung und Überarbeitung der Bewirtschaftung von Busparkplätzen sowie Gebührenanpassung bei Schiffsanlegestellen	405.000			810.000			
12	HDer	63		Personalaufwand steht nicht im Verhältnis zum Nutzen.	Konzentration auf effektive Klimaschutzmaßnahmen	Förderung Balkonmodule streichen	100.000			100.000			
13	HDer	63		Personalaufwand steht nicht im Verhältnis zum Nutzen.	Kostensparnis	1 Personalstelle Mietmonitoring streichen	90.000			90.000			
14	HDer	67		An Eigenverantwortung der Bürger appellieren bzw. Kooperationen eingehen (vgl. nette Toilette)	Kostensparnis	Trinkwasserbrunnen streichen				70.000			
15	HDer	80		Vorhandene Gewerbeflächen müssen zeitnah und effektiv vermittelt und entwickelt werden.	Zeitnahe Ansiedlung von neuen Betrieben, um die Gewerbesteuerereinnahmen zu erhöhen.	Offensives Ansiedlungsmanagement							
16	HDer	80				Ergänzen: M5: Ansiedlung neuer Betriebe							
17	HDer	81		Nicht mehr erforderlich, da Fahrradmarkierung auf der Fahrrahn bereits angebracht und Tempo 30 umgesetzt ist.	Kostensparnis	Verkehrversuch Mittermaierstraße streichen	150.000						
18	HDer	81		Beschaffung von Scannfahrzeug aktuell nicht erforderlich	Kostensparnis	Beschaffung von Scanfahzeug für Stellpaltzüberachung streichen			-150.000	150.000			
18	HDer	81		Aktuell keine weitere Anschaffung erforderlich, da keine zusätzlichen Unfallschwerpunkte bekannt	Kostensparnis	Beschaffung von Geschwindigkeitsmessfahrzeug streichen	180.000				-190.000		
19	HDer	81		Erst wieder mit wachsender Aufsiedlung von PHV erforderlich	Kostensparnis	Dezentrale Mobilitätsberatung für Bewohner der Konversionsflächen streichen	56.000			56.000			
Summe							1.740.000		-150.000	2.155.000		-190.000	

Vordruck Änderungsanträge zum Haushaltsplanentwurf 2025/2026													
Nr.	Partei	TH	EHH (1) FHH (2)	Beschreibung / Erläuterung	Ziel Formulierung eines neuen Ziels / Änderung eines bestehenden Ziels	Maßnahme Formulierung einer neuen Maßnahme / Änderung einer bestehenden Maßnahme	finanzielle Änderung 2025			finanzielle Änderung 2026			Anmerkung der Verwaltung
							Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE	
1	HfB/Volt	1		Erhöhter Personalbedarf ist nicht ersichtlich	Einsparung	Aufstockung um 4 Stellen streichen; Bitte um finanzielle Berechnung durch Kämmererei							
2	HfB/Volt	1		Erhöhung ehrenamtlicher Entschädigung wird für Mitglieder des Gemeinderats verschoben auf Doppelhaushalt 27/28	Einsparung bei Gemeinderät*innen	Erhöhung der nicht-gemeinderätlichen Entschädigung laut Entschädigungssatzung von 26 € auf 52 € pro Sitzung. Erhöhung für gemeinderätliche Entschädigung wird auf Doppelhaushalt 2027/28 verschoben; Bitte um finanzielle Berechnung durch Kämmererei							
3	HfB/Volt	1		Globale Minderausgabe		Kulturamt gleich behandeln mit anderen Ämtern, keine spezifische GloMi							
4	HfB/Volt	1		Anhebung Mittel MBR auf das Budget von 2014	Stärkung des Migrationsbeirats, weitoffenes Heidelberg, Projekte MSO und Antirassismus	Mittelerhöhung auf das Niveau von 2014 (40.000 €); Verschieben in TH 16		23.100			23.100		
5	HfB/Volt	1		Bürgerfest 2026 verschieben oder ausfallen lassen	Einsparung	Bürgerfest verschieben in Haushalt 27/28, Bitte um finanzielle Berechnung durch Kämmererei							
6	HfB/Volt	11		Erhöhter Personalbedarf kann durch Digitalisierung eingespart werden	Einsparung	Aufstockung um 4 Stellen streichen; Bitte um finanzielle Berechnung durch Kämmererei							
7	HfB/Volt	11		Aufwendung für Personalmarketing an tatsächlichen Bedarf anpassen	Einsparung	Geschäftsaufwendungen begrenzen auf 250.00€ p.a		-140.900			-140.600		
8	HfB/Volt	12		Förderung Strukturen der Stadtteile Emmertsgrund/Boxberg	Die sozialen, kulturellen und integrativen Strukturen in den Stadtteilen sollen nachhaltig gesichert werden.	Weiterführung des Stadtteilmanagements, Erhalt der Concierge- Dienste in aktueller Form, Medienzentrums, Förderung des Heidelberg-Cafés, Fortführung der städtischen Zuschüsse für das Bürgerhaus in bisheriger Höhe + beantragte Summen gewähren		20.000			30.000		
9	HfB/Volt	16		Zuschuss Frauen helfen Frauen erhöhen	keinen Stellenabbau bei Beratungsangeboten	Zuschuss erhöhen		70.000			80.000		
10	HfB/Volt	16		Zuschuss Frauen helfen Frauen erhöhen	Mehr Plätze in der Notaufnahme des Frauenhaus ermöglichen	Erhöhung der Unterstützung Notaufnahmen Frauenhaus (Frauen helfen Frauen e.V.)		150.000			150.000		
11	HfB/Volt	16		Frauennotruf	keine Verringerung der Personalressourcen in der Beratung	Defizitausgleich Tarifsteigerungen		26.000					
12	HfB/Volt	16		Frauennotruf	Beibehaltung der aktuellen Personalkapazitäten	2,5% Tarifsteigerungs- und Inflationsausgleich		22.082			10.801		
13	HfB/Volt	16		Frauen-Gesundheits-Zentrum	keinen Abbau von Mitarbeiterzahlen im Beratungsbereich	Zuschusssteigerung umsetzen um Frauengesundheit zu fördern		3.000			3.000		
14	HfB/Volt	16		Anpassung Antirassismusberatung an Bedarf + Einwerbung von Landes- und Bundesmitteln durch Mosaik e.V.	Stärkung von rassismusbetroffenen Menschen	Mittelerhöhung für Mosaik e.V.		97.400			97.400		
15	HfB/Volt	16		Behindertenbeauftragte	Beteiligung stärken	zweckgebundene Übertragung von ca. 40.000 € Restmitteln aus 2024 ins Jahr 2025		40.000					
16	HfB/Volt	16		Behindertenbeauftragte	Beteiligung stärken	Hublift in den Investitionen lassen		15.000					
17	HfB/Volt	16		Mehr Beratungsbedarf des Queer Space und Miete an die Stadt Heidelberg	Stärkung queerer Bürger*innen	Mittelerhöhung		13.000			13.000		
18	HfB/Volt	16		Angebot Café Talk wird sehr gut angenommen und soll stärker gefördert werden	Ehrenamt entlasten	Erhöhung der Mittel „Café Talk (Diakonisches Werk Heidelberg)“		15.000			15.000		
19	HfB/Volt	16		Beratungsangebote werden stärker in Anspruch genommen.	Diskriminierung entgegen wirken	Erhöhung der Mittel „Rainbow City und Geschäftsführung „Runder Tisch Sexuelle Vielfalt“		7.750			7.750		
20	HfB/Volt	16			Förderung von Gesellschaftlicher Vielfalt	Erhöhung der Mittel „Queer Festival (Queer Play e.V.)“		20.000			20.000		
21	HfB/Volt	16			Förderung von Gesellschaftlicher Vielfalt	Erhöhung der Mittel „Stadtinterne Projekte LSBTIQ+“		1.500			1.500		
22	HfB/Volt	12		Anlaufstelle für Migrantenorganisation Beratung und Empowerment durch Erhöhung des Stellenumfangs von 50% auf 100%	Stärkung und Professionalisierung von Migrant*innen Selbstorganisations: Befähigung zur Einwerbung externer Mittel	Erhöhung der Mittel um 0,5 Planstelle; Bitte um finanzielle Berechnung durch Kämmererei							
23	HfB/Volt	12		Schaffung eines Volontariats für die Ausrichtung der Bundesfachkongresses Interkultur (September 2026)	Durchführung BuFaKo Interkultur 2026. Neue Impulse für interkulturelle Arbeit	Bereitstellung von Mitteln für 1,5 Jahre Volontariat ab Juli 2025; Bitte um finanzielle Berechnung durch Kämmererei							
24	HfB/Volt	12		Unterstützung des gesellschaftlichen Zusammenhalts von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrunds	Förderung Arbeit mit Kindern und Jugendlichen und gesellschaftlichem Zusammenhalt	Erhöhung der Mittel „Arbeit mit Kindern und Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund“		10.000			10.000		
25	HfB/Volt	12		Sachausstattung des Raum des International Welcome Center	Verbesserung der Willkommenskultur	Erhöhung der Mittel „Interkulturelle Arbeit“ zugunsten des IWC		15.000			10.000		
26	HfB/Volt	20		Der hohe Zuschuss für die HKK ist unbegründet. Daher wird vorgeschlagen diesen zu kürzen.	Pauschaler Zuschuss für HKK kürzen.	Kürzung des Zuschusses auf 5.000.000 € pro Jahr		-1.000.000			-1.000.000		
27	HfB/Volt	20		Bedarf nicht ersichtlich	Einsparung	Kürzung des Zuschusses von Technologiepark Heidelberg GmbH auf 1,1-1,0 Millionen € pro Jahr		-483.000			-93.000		
28	HfB/Volt	30		Umsetzung des Lärmaktionsplans bis 31.12.2026									
29	HfB/Volt	31		Notwendiger Umzug des Welthaus, daher erhöhter Finanzbedarf	Förderung der ehrenamtlichen Strukturen von über 50 Vereinen, für Nachhaltigkeit und Weltoffenheit	Ertüchtigung neuer Immobilie (20.000€), Doppelmiete Zuschuss 10.000€		30.000			0		

[illegible]

Vordruck Änderungsanträge zum Haushaltsplanentwurf 2025/2026

Nr.	Partei	TH	EHH (1) FHH (2)	Beschreibung / Erläuterung	Ziel Formulierung eines neuen Ziels / Änderung eines bestehenden Ziels	Maßnahme Formulierung einer neuen Maßnahme / Änderung einer bestehenden Maßnahme	finanzielle Änderung 2025			finanzielle Änderung 2026			Anmerkung der Verwaltung
							Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE	
1	AfD	IZ	EHH (1)	Yascha Mounk hat es in den Tagesthemen am 20.2.2018 wie folgt ausgedrückt, „... dass wir hier ein historisch einzigartiges Experiment wagen und zwar eine monoethnische, monokulturelle Demokratie in eine multiethnische zu verwandeln ...“. Die Durchführung dieses Experiments ist aus unserer Sicht nicht erstrebenswert. Das Interkulturelle Zentrum wird mit Steuermitteln ausgestattet, um dieses Ziel zu erreichen. Daher sollen alle Geld- und Sachmittel für das IZ gestrichen werden. Sollte eine komplette Abwicklung im laufenden Doppelhaushalt nicht möglich sein, werden die notwendigen Vorbereitungen getroffen dies so schnell wie möglich zu erreichen.	Komplette Abwicklung/ Streichung des Teilhaushalts IZ			-696.700			-703.600		
2	AfD	16	EHH (1)	Wir wollen keine Förderung der Spaltung der Gesellschaft durch Steuergeld für „woke“ Projekte. In Heidelberg werden neben dem Queer Festival insbesondere auch im Einklang mit dem woken Zeitgeist Angriffe auf die seelische Gesundheit von Jugendlichen finanziert. Queer Youth und Fachstellen für Rainbow City Kids dürfen auf keinen Fall staatliche Gelder erhalten. Sollte eine komplette Abwicklung im laufenden Doppelhaushalt nicht möglich sein, werden die notwendigen Vorbereitungen getroffen dies so schnell wie möglich zu erreichen. Etwaige Bundeszuschüsse werden nicht mehr beantragt.	Streichung von Ziel 4 „Stärkung der Akzeptanz, Sichtbarkeit und Partizipation von LSBTIQ+ Menschen“ und aller enthaltenen Maßnahmen			-712.797			-712.797		
3	AfD	20,31, 65,66, 67,81		Eine Gesamtübersicht der Ausgaben für den sogenannten Klimaschutzaktionsplan gibt es nicht. Der Antrag stellt daher nur unsere grundsätzliche Richtung bei den Kürzungen vor. Generell wäre es unsere Position alle Mittel zu streichen, die lediglich mit der Klimareligion begründet sind und keine andere positiven Auswirkungen auf das Lebensgefühl und den Wohlstand der Heidelberger Bürger haben. Die Kürzung ist dabei nur ein grober Überschlag der unter Teilhaushalt 31 gelisteten Klimamaßnahmen.	Keine Steuermittel in Heidelberg mehr ausgeben, die rein der Klimareligion dienen.			-40.000.000			-40.000.000		
4	AfD	1		Die Corona-Maßnahmen haben immense, nicht nur gesundheitliche Schäden bei vielen Heidelberger Bürgern angerichtet, sondern auch zu einer tiefen Spaltung der Gesellschaft geführt. Menschen, die sich dem Impfdruck von Politik und Medien nicht gebeugt haben wurden massiv ausgegrenzt. Viele Menschen wurden ihrer Grundrechte beraubt. Insbesondere Kinder wurden durch wissenschaftlich nicht begründete Maßnahmen gequält. Eine Aufarbeitung auf Bundesebene reicht nicht, hier ist auch Heidelberg in der Pflicht eine kommunale Aufarbeitung durchzuführen unter Hinzuziehung von Opfern der Maßnahmen und denjenigen Experten, die zu Corona-Maßnahmen-Zeiten diskreditiert und diffamiert wurden, letztendlich aber in überwältigendem Maße richtig lagen. Die Aufklärung ist aus Sicht der Antragsteller als Chefsache zu betrachten und daher als Teil der Produktgruppe 11.14 b) Bürgerschaftliches Engagement/ Gesellschaftliches Miteinander des TH 01 Referat des Oberbürgermeisters, Seite 12 anzusehen. Finanzielle Deckung über Kürzung Klimareligion.	Aufarbeitung der gesundheitlichen und gesellschaftlichen Schäden der grundrechtseinschränkenden Corona-Maßnahmen in Heidelberg	u.a. Ausschreibung von Studienarbeiten, Durchführung von Informationskampagnen und Runden Tischen in Heidelberg		300.000			300.000		

Nr.	Partei	TH	EHH (1) FHH (2)	Beschreibung / Erläuterung	Ziel Formulierung eines neuen Ziels / Änderung eines bestehenden Ziels	Maßnahme Formulierung einer neuen Maßnahme / Änderung einer bestehenden Maßnahme	finanzielle Änderung 2025			finanzielle Änderung 2026			Anmerkung der Verwaltung
							Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE	
5	AfD	31		Das Land Baden-Württemberg plant, dass in dem FFH-Gebiet Lammerskopf riesige Windindustrieanlagen errichtet werden sollen. Die Stadt Heidelberg soll mit Kampagnen die Bürger über die dramatischen negativen Auswirkungen auf Umwelt und Lebensqualität dieser Industrie aufklären. Finanzielle Deckung über Kürzung Klimareligion.	Verhinderung der Errichtung von Windindustrieanlagen auf Heidelberger Gemarkung			30.000			30.000		
6	AfD	41		Das Kulturamt gewährt einen Mietzuschuss iHv 34 TEUR an den Kulturverein, der auf die Erhöhung des Mietzinses in selber Höhe durch das Kurpfälzische Museum zurückzuführen ist. Angesichts der Tatsache, dass das Kulturamt als bisher einziges Amt sowohl eine jährliche globale Minderausgabe iHv 234 TEUR zu leisten hat, wie auch das Budget prinzipiell auf den Stand von 2024 gedeckelt ist, geht eine Erhöhung des Mietzuschusses als durchlaufender Rechnungsposten zu Lasten des Kulturamts. Es gehen damit städtische Gelder als Mietzahlung bzw. Mietzuschuss an den ebenfalls städtischen Vermieter (Kurpfälzisches Museum), sodass hier lediglich eine rechnerische Verschiebung innerhalb des städtischen Etats stattfindet, diese sich jedoch negativ auf das Budget des Kulturamts auswirkt.	Zeitliche Verschiebung der städtischen Mieterhöhung			34.000			34.000		
7	AfD	41		Die Umschichtung der Mittel für Metropolink erzielt keine Einsparungen, sondern hat nur einen scheinbaren Effekt durch die buchhalterische Verschiebung vom Unterkonto "Stabsstelle Konversion" zum Unterkonto "Kulturamt". Angesichts der Tatsache, dass das Kulturamt als bisher einziges Amt sowohl eine jährliche globale Minderausgabe iHv 234 TEUR zu leisten hat, wie auch das Budget prinzipiell auf den Stand von 2024 gedeckelt ist, geht eine Umschichtung der Metropolink-Mittel als durchlaufender Rechnungsposten zu Lasten des Kulturamts.	Die Umschichtung von jährlich 80.000 € aus dem Teilhaushalt Stabsstelle Konversion in den Teilhaushalt des Kulturamtes unterbleibt für die Dauer der Etatbeschränkungen im TH 41.			80.000			80.000		

Vordruck Änderungsanträge zum Haushaltsplanentwurf 2025/2026													
Nr.	Partei	TH	EHH (1) FHH (2)	Beschreibung / Erläuterung	Ziel Formulierung eines neuen Ziels / Änderung eines bestehenden Ziels	Maßnahme Formulierung einer neuen Maßnahme / Änderung einer bestehenden Maßnahme	finanzielle Änderung 2025			finanzielle Änderung 2026			Anmerkung der Verwaltung
							Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE	
							0	64.050	0	7.900.000	-5.734.074	0	
			1				0	64.050	0	7.900.000	-5.734.074	0	
			2				-5.000.000	784.400	0	-4.999.999	700.000	0	
s.a. Datei 20250407_Ergaenzung_Aenderungsantraege													
1	Die Linke/ Bunte Linke	1	1	Globale Minderausgabe		nicht bei Sozialamt, Personal, Jugend+Kinder, gebührenrechnenden Stellen (Kulturamt gleich behandeln mit anderen Ämtern, keine spezifische GloMi)							
2	Die Linke/ Bunte Linke	1	1	mit dieser Maßnahme wird die fehlende Stelle im Amt 16 (LSBTQ-Koordination und Istanbul-Konvention) geschaffen, der Querschnittscharakter von Inklusion verfestigt und soziale Anliegen (z.B. Assistenz) gestärkt	Antidiskriminierung und Soziales stärken	Überführung der vier neu zu schaffenden Stellen im OB-Referat → 2 in das Amt 16 (+ Inklusionsbeauftragte) und 2 in das Amt 50							
3	Die Linke/ Bunte Linke	1	1	keine Erhöhung der Aufwandsentschädigung der Gemeinderat*innen	verantwortungsbewusstes Haushalten			-230.400			-230.400		
4	Die Linke/ Bunte Linke	12	1	Förderung Stadtteilstrukturen Emmertsgrund/Boxberg	Die sozialen, kulturellen und integrativen Strukturen im Stadtteil Emmertsgrund sollen langfristig gesichert und gestärkt werden.	Weiterführung des Stadtteilmanagements, Erhalt der Concierge-Dienste in aktueller Form, Medienzentrums, Förderung des Heidelberg-Cafés, Fortführung der städtischen Zuschüsse für das Bürgerhaus in bisheriger Höhe + beantragte Summen gewähren		18.700			28.600		
5	Die Linke/ Bunte Linke	16	1	Zuschuss Mosaik e.V. erhöhen	Antidiskriminierung stärken			100.000			100.000		
6	Die Linke/ Bunte Linke	16	1	Zuschuss Frauen helfen Frauen erhöhen	institutionelle Finanzierung von 4 Plätze im Frauenhaus; §-Säulen-Finanzierung			75.000			75.000		
7	Die Linke/ Bunte Linke	16	1	Zuschuss Frauen helfen Frauen erhöhen	keine Personalreduktion bei Beratungseinrichtungen	beantragte Zuschussteigerung gewähren		82.000			93.000		
8	Die Linke/ Bunte Linke	16	1	Frauennotruf	keine Personalreduktion bei Beratungseinrichtungen	Ausgleich des durch Tarifsteigerungen und Inflation entstandenen Defizits,		26.268					
9	Die Linke/ Bunte Linke	16	1	Frauennotruf	keine Personalreduktion bei Beratungseinrichtungen	2,5% Tarifsteigerungs- und Inflationsausgleich beibehalten		22.082			10.801		
10	Die Linke/ Bunte Linke	16	1	Fairmann	keine Personalreduktion bei Beratungseinrichtungen	beantragte Zuschussteigerung gewähren		50.000			50.000		
11	Die Linke/ Bunte Linke	16	1	Mosaik e.V. - Antidiskriminierungsberatung, Plurales Heidelberg, Quwwa	keine Personalreduktion bei Beratungseinrichtungen	beantragte Zuschussteigerung gewähren, stark erhöhter Bedarf		130.000			180.000		
12	Die Linke/ Bunte Linke	16	1	Zuschüsse Integration / Migration + Sprachmittlerdienst	keine Personalreduktion bei Beratungseinrichtungen	beantragte Zuschussteigerung gewähren		4.000			4.000		
13	Die Linke/ Bunte Linke	16	1	Café Talk	keine Personalreduktion bei Beratungseinrichtungen	beantragte Zuschussteigerung gewähren, Erhöhung nur für Sachmittel		11.500			28.500		
14	Die Linke/ Bunte Linke	16	1	Internationales Frauen- und Familienzentrum	keine Personalreduktion bei Beratungseinrichtungen	beantragte Zuschussteigerung gewähren		10.500			14.100		
15	Die Linke/ Bunte Linke	16	1	BiBeZ	keine Personalreduktion bei Beratungseinrichtungen	beantragte Zuschussteigerung gewähren		3.800			12.000		
16	Die Linke/ Bunte Linke	16	1	Frauen-Gesundheits-Zentrum	keine Personalreduktion bei Beratungseinrichtungen	beantragte Zuschussteigerung gewähren		3.000			3.000		
17	Die Linke/ Bunte Linke	16	1	Prostituiertenberatungsstelle	keine Personalreduktion bei Beratungseinrichtungen	beantragte Zuschussteigerung gewähren		11.000			16.000		
18	Die Linke/ Bunte Linke	16	1	Gewaltambulanz	keine Personalreduktion bei Beratungseinrichtungen	beantragte Zuschussteigerung gewähren		500			1.000		
19	Die Linke/ Bunte Linke	16	1	Behindertenbeauftragte	Beteiligung ermöglichen!	zweckgebundene Übertragung von ca. 40.000 € Restmitteln aus 2024 ins Jahr 2025		40.000					
20	Die Linke/ Bunte Linke	16	1	Behindertenbeauftragte	Beteiligung ermöglichen!	Betriebskosten des Hilfsmittelpools fest einplanen (bei Heidelberger Dienste?)		7.500			7.500		
21	Die Linke/ Bunte Linke	16	1	Umsetzung des Rainbow City-Beschlusses des GMR	Queere Initiative in Heidelberg stärken, Stärkung queerer Sichtbarkeit	nachhaltige Absicherung und Entlastung ehrenamtlicher Strukturen im Queer Space Heidelberg - Mindestförderbedarf: mindestens 29.375 €, um Gesamtsumme von 50.000 € zu erreichen (Renovierung Räume, unzureichende Fördersumme 2024, Perspektivisch Angleichung an Förderung des Queerfestivals)		30.000			30.000		
22	Die Linke/ Bunte Linke	16	2	Behindertenbeauftragte	Beteiligung ermöglichen!	Hublift im Investitionshaushalt belassen		14.400					
23		16	1	Projekte sexuelle Vielfalt (Queer-Youth-Förderung, Runder Tisch sexuelle und geschlechtliche Vielfalt)		beantragte Erhöhungen zumindest teilweise gewähren		30.000			35.000		
24		16	1	PLUS Beratungs- und Bildungsangebot im Kontext sexueller und geschlechtlicher Vielfalt		beantragte Erhöhungen zumindest teilweise gewähren		23.000			45.000		
25		16	1	Queer Festival		beantragte Erhöhungen zumindest teilweise gewähren		25.000			25.000		
26		16	1	Queer Space		beantragte Erhöhungen zumindest teilweise gewähren, Ehrenamt stärken		5.000			6.000		
27		16	1	Förderung allgemeine Frauenarbeit		seit Jahren nicht angepasst		10.000			10.000		

28	Die Linke/ Bunte Linke	16	1	Produkt 11.14.00 Diskriminierungsschutz		Ziel 1: neue Maßnahme M8: Entwicklung und Umsetzung eines 10.Punkte-Plans gegen Rassismus gemeinsam mit dem Runden Tisch gegen Rassismus (s. Protokoll des Runden Tisches gegen Rassismus vom 02.04.2025)							
29	Die Linke/ Bunte Linke	JC	1	Caritas - Neue Wege pflegen	Soziale Einrichtungen stärken	beantragte Zuschussteigerung gewähren						2.500	
30	Die Linke/ Bunte Linke	JC	1	Ausbildungsverbund	Soziale Einrichtungen stärken	beantragte Zuschussteigerung gewähren		1.500				1.900	
31	Die Linke/ Bunte Linke	JC	1	Schwups	Soziale Einrichtungen stärken	beantragte Zuschussteigerung gewähren		0				2.900	
32	Die Linke/ Bunte Linke	JC	1	Heifa	Soziale Einrichtungen stärken	beantragte Zuschussteigerung gewähren		0				5.000	
33	Die Linke/ Bunte Linke	20	1	Konferenzzentrum verkaufen zum 01.01.2026	verantwortungsbewusstes Haushalten → gegen Prestigeprojekte, für Heidelberger*innen	kein Betriebskostenzuschuss						-6.000.000	
34	Die Linke/ Bunte Linke	20	2	Konferenzzentrum verkaufen	verantwortungsbewusstes Haushalten → gegen Prestigeprojekte, Nutzung für Heidelberger*innen	Konferenzzentrum verkaufen zum 01.01.2026 für 1,-€ (+ Übernahme der spezifischen Kredite)				1			
35	Die Linke/ Bunte Linke	20	1	Gewerbsteuer	Einnahmesituation verbessern	Gewerbsteuer Hebesatz erhöhen auf 420 zum 01.01.2026				7.900.000			
36	Die Linke/ Bunte Linke	20	1	Einführung Bürger-Haushalt 2027	z.B. analog zu Meißen, s. Datei Erläuterungen Punkt 4	1 VZA (evtl. bei Partnerunternehmen)						120.000	
37	Die Linke/ Bunte Linke	20	1	Einführung einer Nahverkehrsabgabe ab 01.01.2026, Beispielrechnungen s. Datei Erläuterungen Punkt 5	Einnahmen zweckgebunden für ÖPNV!	mögliche Varianten: KFZ-Halterabgabe oder Einwohnerabgabe für alle Menschen älter als 18 Jahre, die nicht studieren oder in Ausbildung sind oder die Leistungen nach SGB bekommen	???			???			
38	Die Linke/ Bunte Linke	20	1	Einführung einer Nahverkehrsabgabe, s. Datei Erläuterungen Punkt 5	Konzeption und Einführung: ca. 5 Jahre	Konzeption und Einführung: 2 Vollzeitstellen befristet auf 5 Jahre + 1 VZS dauerhaft		250.000				500.000	
39	Die Linke/ Bunte Linke	20	1	ÖPNV-Tickets aus Nahverkehrsabgabe bezuschussen, s. Datei Erläuterungen Punkt 5		je nachdem, welches Variante zur Erhebung gewählt wird							
40	Die Linke/ Bunte Linke	20	1	Prüfantrag Grundsteuer C	Verbesserung Einnahmesituation	Bestandsaufnahme: welches finanzielle Potenzial hätte die Grundsteuer C für Heidelberg?							
41	Die Linke/ Bunte Linke	23	2	Kein Verkauf städtischer Grundstücke	11.33.01.01	K1-K4 streichen: Kein Verkauf städtischer Grundstücke		-5.000.000			-5.000.000		
42	Die Linke/ Bunte Linke	23	2	Grundstücksfonds umwandeln in "Direktkredite Wohnprojekte"	Max. 2.000.000€ werden zur Förderung "Gemeinschaftliches Wohnen", s. Datei Erläuterungen Punkt 2	Förderung Wohnprojekte		2.000.000				2.000.000	
43	Die Linke/ Bunte Linke	SW		Umsetzung Leit Antrag Wohnen Nr. 132 aus Doppelhaushalt 2023/2024	Erläuterung siehe Datei Erläuterungen Punkt 1								
44	Die Linke/ Bunte Linke	SW	1	Keine Tiny-Häuser in Heidelberg!		Produktgruppe 11.33: Ziel 2, M3: "Tiny-House"s streichen							
45	Die Linke/ Bunte Linke	30	1	zusätzliche Geschwindigkeitsmessung	Geschwindigkeitsmessung: 2025 und 2026 jeweils 2 neue Anlagen (1x stationär, 1x mobil) insbesondere zur Überprüfung der 30-er-Zonen aus Verkehrslärmsaktionsplan	bitte Investitionskosten, Bußgeldentnahmen, Personalbedarf	???	???		???	???		
46	Die Linke/ Bunte Linke	31	1	Umweltberatung durch Dritte	Beratungsstrukturen Umweltschutz aufrecht erhalten, Ehrenamt braucht Hauptamt	Inflations- und Tarifaussgleich 5%		3.100				6.400	
47	Die Linke/ Bunte Linke	31	1	Umweltschutzaktivitäten Dritter	Unterstützungsstrukturen Umweltschutz aufrecht erhalten, Ehrenamt braucht Hauptamt	Inflations- und Tarifaussgleich 5%		10.000				22.000	
48	Die Linke/ Bunte Linke	31	1	Welthaus	internationale Solidarität, Räume ermöglichen	Mietkostenzuschuss Welthaus erhöhen auf 34.000,-€		10.000				11.000	
49	Die Linke/ Bunte Linke	31	1	Welthaus	internationale Solidarität, Räume ermöglichen	Ertüchtigung neuer Standort Welthaus (evtl. Altes Zollhausgebäude)		35.000					
50		40	1	Jugendagentur - Sockelbetrag	Soziale Strukturen erhalten	beantragte Erhöhungen zumindest teilweise gewähren		5.400				7.900	
51		40	1	Volkshochschule	Bildungsstrukturen erhalten	Defizitaussgleich		???			???		
52		40	1	Akademie für Ältere	Bildungsstrukturen erhalten	Defizitaussgleich		???			???		
53	Die Linke/ Bunte Linke	40	1	Neufestlegung der Schulbetriebsmittel	Mehrarbeit abfangen, Gemeinschaftsschulen attraktiver machen	Schulbetriebsmitte (Grundkopfbetrag)! Gemeinschaftsschulen auf das Niveau der Sek I IGH erhöhen		???			???		
54	Die Linke/ Bunte Linke	40	1	Neufestlegung der Schulbetriebsmittel		Sockelbetrag Schulbetriebsmittel um 10% erhöhen		???			???		
55	Die Linke/ Bunte Linke	40	2	Schulcampus Mitte		Planung und Bau aufschieben auf 2027 ff außer Sanierung bestehende Gebäude und direkt für Schulbetrieb wichtige Flächen		-1.000.000				-600.000	
56	Die Linke/ Bunte Linke	40/41	1	NS-Erinnerungsforum Fauler Pelz	Erinnerungskultur stärken	kooperative Prüfung mit der Universität zur Einrichtung eines NS-Erinnerungsforums im Faulen Pelz		???			???		
57	Die Linke/ Bunte Linke	JC	1	Konzept zur Beteiligung Arbeitslosen und prekär Beschäftigten	Arbeitslose und prekär Beschäftigte zu Akteuren kommunalpolitischer Beschäftigungspolitik machen	Das JC erarbeitet ein Konzept (gemeinsam mit Betroffenenorganisationen und Sozialverbänden), wie Arbeitslose mit ihrem spezifischen Erfahrungshintergrund zukünftig als Akteure bei der Konzipierung arbeitsmarktpolitische Maßnahmen beteiligt werden können, anstatt wie bisher nur (passiv) Betroffene zu sein.							
58	Die Linke/ Bunte Linke	41	1	Tanzszene Heidelberg stärken		Zuschuss Inter Actions erhöhen						42.000	
59	Die Linke/ Bunte Linke	41	1	Heiliggeist - mehr Raum geben:	Vor Bewilligung Förderung mehr konkrete Information über Planungsstand, Gründung der gGmbH, Kostenüberblick Gesamtprojekt, sonstigen Unterstützer Verschiebungswunsch nach frühestens 2027							-300.000	
60	Die Linke/ Bunte Linke	41	1	Karlstorbahnhof	Raummangel im soziokulturellen Bereich bekämpfen	Karlstorbahnhof stellt für viele Gruppen Räume zur Verfügung, Ausbau vorhandener Strukturen + Personal		200.000				200.000	

61	Die Linke/ Bunte Linke	41	1	Behindertenbeauftragte	Beteiligung ermöglichen!	Fortführung des Fonds für inklusive Veranstaltungen mit 50.000€ jährlich beim Kulturamt		15.000			15.000		
62	Die Linke/ Bunte Linke	???	2	Kulturhauptstadt	Ziel 28.10	Ziel 3 / M 2 streichen, Keine Honorarkosten in Sachmittel zu Ziel 3 M 1							
63	Die Linke/ Bunte Linke	50	1	Profamilia	Beratungsbedarf Einelternfamilien, Orientierungsst	Mit dieser Maßnahme soll der Beratungsbedarf im Bereich Einelternfamilien, Ersterorientierungsberatung bei Trennung und Schwangerschaftskonfliktberatung abgedeckt werden.	???			???			
64	Die Linke/ Bunte Linke	50	1	Förderung der Altenarbeit	Soziale Strukturen erhalten	Seniorenzentren AWO + Caritas		52.000			100.000		
65	Die Linke/ Bunte Linke	50	1	Förderung der Altenarbeit	Soziale Strukturen erhalten	übrige Seniorenzentren: Finanzbedarf für Tarifikostenerhöhungen und Inflationsausgleich	???			???			
66	Die Linke/ Bunte Linke	50	1	Bahnhofsmision	Soziale Strukturen erhalten			1.300			2.800		
67	Die Linke/ Bunte Linke	50	1	Aids-Hilfe	Soziale Strukturen erhalten			50.000			50.000		
68	Die Linke/ Bunte Linke	50	1	SKM - Projekt Wohnsitzlose Frauen	Soziale Strukturen erhalten	SKM		17.700			20.600		
69	Die Linke/ Bunte Linke	50	1	Schuldnerberatung	Soziale Strukturen erhalten			11.000			18.700		
70	Die Linke/ Bunte Linke	50	1	Sozialpsychiatrischer Dienst	Soziale Strukturen erhalten			6.300			15.000		
71	Die Linke/ Bunte Linke	50	1	Selbsthilfebüro	Soziale Strukturen erhalten	Ehrenamt braucht Hauptamt		4.300			9.000		
72	Die Linke/ Bunte Linke	50	1	Diakonisches Werk - Sozialpaten	Soziale Strukturen erhalten	Ehrenamt braucht Hauptamt		1.500			2.800		
73	Die Linke/ Bunte Linke	50	1	Bella Park	Gemeinschaft stärken - Bella Park bewahren	Verein gegen Müdigkeit, 0,5 VZÄ: Ehrenamt braucht Hauptamt							
74	Die Linke/ Bunte Linke	51	1	Budget Kinderanliegen auflegen	Kinderanliegen stärken	Kibs-Budget		1.500			1.500		
75	Die Linke/ Bunte Linke	51	1	Schulsozialarbeit	Schulsozialarbeit stärken – Notstände an Schulen bekämpfen	Die Zuschüsse für Schulsozialarbeit werden entsprechend der Tarifsteigerungen erhöht. Zudem prüft die Stadt, inwiefern kommunale Trägermodelle (s. Köln, Euskirchen, Hürth, Aachen) möglich wären.	???				64.825		
76	Die Linke/ Bunte Linke	51	1	Kinderbetreuung sozialverträglich		Auf Erhöhung der Entgelte für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege verzichten	???			???			
77	Die Linke/ Bunte Linke	51	1	Kinderbetreuung sozialverträglich		Entgelte für Kindertageseinrichtungen + Kindertagespflege: neue Entgeltstufe mit gehobenen Beiträgen einführen, ab 120.000€ Familieneinkommen	???			???			
78	Die Linke/ Bunte Linke	51	1	Kinderbetreuung sozialverträglich		Die Geschwisterermäßigung bleibt bestehen				???			
79	Die Linke/ Bunte Linke	52	1	Baukostenzuschüsse HTV-Platz, Landfriedgelände	Baukostenzuschüsse Sportanlagen erst beschließen, wenn Planung wirklich fertig ist (HTV-Platz, Landfriedgelände), Verschiebungswunsch nach frühestens 2027								
80	Die Linke/ Bunte Linke	52	2	Kein Kunstrasenplatz aus ökologischen und gesundheitlichen Gründen							-450.000		
81	Die Linke/ Bunte Linke	61	1	Netto-Null-Neuversiegelung		Produktgruppe 51.11: Flächen- und grundstücksbezogene Daten und Grundlagen neue Maßnahme: Netto-Null-Neuversiegelung: Neue Kennzahlen K1: jährlich neu versiegelte Fläche über Bebauungspläne, Bauanträge, städtische Baumaßnahmen K2: jährlich entsiegelte Fläche über Bebauungspläne, Bauanträge, städtische ud private Baumaßnahmen							
82	Die Linke/ Bunte Linke	61	1	Vorrang für Wohnraum	wirksame Durchsetzung der Zweckentfremdungssatzung	grundsätzlicher Ausschluss von Ferienwohnungen und ähnlichen Beherbergungsmodellen in Bebauungsplänen							
83	Die Linke/ Bunte Linke	66	1	Straßenenerneuerungsprogramm		auf 3/4 streichen, Bundesförderung aus Infrastrukturprogramm einbeziehen, sicherstellen, dass Mittel bewirtschaftet werden (können)		-1.000.000			-1.000.000		
84	Die Linke/ Bunte Linke	67	1	Fritz-Bauer-Platz (Bauhaus) aufschieben				-100.000			-200.000		
85	Die Linke/ Bunte Linke	67	2	Emil-Meier-Straße: keine Umgestaltung									
86	Die Linke/ Bunte Linke	67	2	Wiederherstellung Montpellierplatz zeitlich strecken,		Halfte auf 2027ff verschieben		-230.000			-250.000		
87	Die Linke/ Bunte Linke	81	1	ÖPNV attraktiv halten		Bus 29 Rohrbach Süd + Bus 32 + Linie 24: Streichung zurück nehmen	???			???			
88	Die Linke/ Bunte Linke	81	1	Fahrradänder an Schulen	EU-Gelder stehen zur Verfügung, müssen auch ei	insbesondere Wieblingen Fröbelschule: Wallstraße, Fröbelstraße. Dafür PKW-Parkplätze umwidmen	???			???			
89	Die Linke/ Bunte Linke	ESB	2	Wohnungsbestand und -bau der GGH in eine gemeinnützige GmbH überführen auf Grundlage neuer gesetzlicher Regelungen									
90	Die Linke/ Bunte Linke	alle		Produkt- und Leistungsplan überarbeiten	Erläuterung siehe Datei Erläuterungen Punkt 3								

Produkt- und Leistungsplan - Änderungen

TH	Produktgruppe		Ziel	Konzeption	Maßnahme	Kennzahlen	
23 Amt für Liegenschaften	11.33	Grundstücksmanagement	3		2		Tiny-Häuser streichen
	11.33.01.01	Grundstücksgeschäfte (Grundstücksverkauf)	1		1 Marktgerechter Verkauf von Bauwohnfeldern u.a. in der Bahnstadt		Maßnahme streichen, kein Verkauf von städtischen Grundstücken
	11.33.01.01	Grundstücksgeschäfte (Grundstücksverkauf)	2		1 Gewerbeflächen		Maßnahme streichen, kein Verkauf von städtischen Grundstücken
	11.33.01.01	Grundstücksgeschäfte (Grundstücksverkauf)				K1-K4	auf Null setzen!
	11.33.01.01	Grundstücksgeschäfte (Grundstückserwerb)	1	Erwerb von Flächen in der Bahnstadt			
	11.33.01.01	Grundstücksgeschäfte (Grundstückserwerb)	2	Erwerb von Konversionsflächen			

Datum	Thema	Anregung	TH		
26. Feb	Bahnstadt	Wasserbecken in Grünfläche umwandeln	Grünflächenamt	evtl.	
26. Feb		Fahrradbrücke unnötig	Mobilität / Ingenieurbauwerke	geht nicht	
26. Feb		weniger Theater + Kultur	Kulturamt	ok	
26. Feb		mehr für Kinder und einfache Bevölkerung		ok	
26. Feb		Einführung Verpackungssteuer		ist erledigt	
26. Feb		Anwohnerparken teurer machen	Mobilität	ok	2
26. Feb		Grundsteuer C einführen		ok	
26. Feb		Abgabe für Leerstand		??? Geht das ???	
26. Feb		NKTB nicht lärmtechnisch ertüchtigen		ok	
26. Feb		Schwimmbad-Areal ertüchtigen		??? Was ist gemeint ???	
26. Feb		Straßenumbenennung stoppen		nein	
26. Feb		alle Kosten für Straßenumbenennung erstatten		nein	
26. Feb		Nahverkehrsabgabe einführen		ok	
26. Feb		Parkgebühren erhöhen		ok	
26. Feb		bessere Ampelschaltungen für ÖPNV		ok	
26. Feb		Einsparungen beim Theater		ok	
27. Feb	Konversion	PHV: statt Großprojekte Grünstücke vergeben und "Machen lassen"		ok	
...					
S. 6		Kontoführungsgebühren senken		ok	

1. Erläuterung zu Antrag 43: Wiederaufruf des Leitantrags Wohnen nach Anlage 06 zu TOP 8 vom 20.07.2023

Der Leitantrag wurde beschlossen mit Änderungen für den Produkt- und Leistungsplan der Stadt. Die beschlossenen Formulierungen für Ziele und Maßnahmen für den PLP finden sich nicht im Haushaltsentwurf. Sollen hiermit jetzt nochmal beschlossen werden.

2. Erläuterung zu Antrag Nr. 42 Grundstücksfonds umwandeln betrifft auch TH 63 Transferaufwendungen Wohnungsentwicklungsprogramm

In der Beantwortung der Prüfaufträge zu DS 0056/2024/IV (Gemeinschaftliches Wohnen) vom 29.08.2024 sind unter 2. Anschubförderungen für Wohnprojekte in Realisierung Zuschüsse gestaffelt nach Projektgröße vorgesehen.

In Anlehnung daran erhalten die Projekte nicht Zuschüsse, sondern Kredite mit Zinssatz EZB-Zins – 1% (Stand 12.03.2025: 2,65% - 1 % = 1,65%) auf 10 Jahre mit Option auf Verlängerung um jeweils weitere 5 Jahre zum dann gültigen EZB-Zins – 1 %. Dabei werden Zusagen nach der Reihenfolge des Eingangs und nur bei Existenz eines Treuhandkontos abgewickelt. Statt der Anzahl der Wohneinheiten wird die Anzahl der Bewohner als Kenngröße verwendet. Die Gesamtsumme darf 2.000.000 € pro Jahr nicht übersteigen.

Staffelung:

Bis 20 Bewohner: 100.000 €

Bis 60 Bewohner: 300.000 €

Über 60 Bewohner: 500.000 €

Jede geplante Gewerbeeinheit mit dem Gemeinwohl dienenden Tätigkeitsgebiet wird mit 50.000 € Kredit unterstützt.

Sollten zusätzlich Ankäufe aus dem Aufgabenbereich des bisherigen Grundstücksfonds unterjährig nötig sein (z.B. Ankauf Konversionsflächen), werden diese überplanmäßig beschlossen. Der Grundstücksfonds in bisheriger Form wird damit aufgelöst.

3. Antrag 90: Produkt- und Leistungsplan überarbeiten

Die Stadt Heidelberg konzentriert sich stärker auf die Pflichtaufgaben und überarbeitet zu diesem Zweck den Produkt- und Leistungsplan bis zum nächsten Doppel-HH.

Dabei wird ein Farbsystem zur Charakterisierung aller Aufgaben eingeführt und im Haushaltsplan entsprechend gekennzeichnet:

Grün: Pflichtaufgabe der Stadt

Gelb: freiwillige Verpflichtung mit Wirksamkeit im sozialen und ökologischen Bereich einschließlich Klimawandelanpassung, Verkehrs- und Wärmewende

Orange: freiwillige Verpflichtung alle anderen Bereiche

Rot: freiwillige Verpflichtung, evtl. verzichtbar, da nur geringe Zahl von Nutznießern und/oder geringe Auswirkung auf Gemeinwohlbelange

4. Erläuterung zu Antrag 36: Einführung Bürger-Haushalt 2027/2028

Zur Förderung der Mitbestimmung und des Interesses an kommunalen Vorgängen wird zusätzlich zum Stadtteilbudget 1 ‰ der Gemeindeanteils an der Einkommen- und Umsatzsteuer (z.B. 2025: 126.000 €, 2027: 130.000 €) zur direkten Vergabe durch die Bürger zur Verfügung gestellt. Das Verfahren kann 4-stufig ungefähr analog zum Vorgehen in Meißen erfolgen:

1. Zwei Monate lang können Einwohner Vorschläge online und bei ausgewählten Kooperationsstellen einreichen.
2. Mit Haushaltsbeschluss entscheidet der Gemeinderat, was davon in jedem Fall außerhalb des für den Bürgerhaushalt festgelegten Budgets umgesetzt wird und gibt entsprechende Mittel frei.
3. Nach Haushaltsbeschluss können Einwohner die verbleibenden Projekte priorisieren, jeder hat drei Stimmen, die er wahlweise auf 1 bis 3 Projekte verteilen kann.

4. Die Projekte mit den meisten Stimmen werden umgesetzt solange die Gesamtsumme unter 1 % des Gemeindeanteils an der Einkommen- und Umsatzsteuer bleibt. Sollte der Betrag nicht ausreichend für das am höchsten priorisierte Projekt, entscheidet der Gemeinderat über das weitere Vorgehen

Für die Abwicklung wird eine VZÄ geschaffen, beteiligte Partnerorganisationen erhalten eine Aufwandsentschädigung.

Die VZÄ wird zum 01.01.2026 geschaffen zur Konzeptentwicklung und für den Aufbau des Partnernetzwerks. Diese Stelle kann auch subsidiär bei einer geeigneten gemeinnützigen Organisation aus Heidelberg vergeben werden. Spätestens im September 2026 entscheidet der Gemeinderat über das konkrete Vorgehen zum Einsammeln der Bürgervorschläge im Oktober/November 2026 für den Haushalt 2027/28

5. Erläuterungen zu Antrag 37-39: Nahverkehrsabgabe ab 2026

Die Einnahmen dürfen nur zweckgebunden verwendet werden.

Rechtlich möglich sind verschiedene Varianten, z.B. Einwohnerabgabe oder Kfz-Halter-Abgabe:

Einwohnerabgabe (z.B. für alle Menschen über 18 Jahre, die nicht studieren oder in Ausbildung sind, oder die Leistungen nach SGB erhalten, also ca. 110.000 Menschen.

Bei 0,5 €/Tag: Einnahmen: ca. 20.075.000 €

Bei 1,- €/Tag: Einnahmen: ca. 40.150.000 €

Kfz-Halterabgabe nur erheben auf Pkw und Krafträder, ca. 66.000 (Zahlen aus Statistisches Jahrbuch 2022):

Bei 120,- €/Fahrzeug: 7.900.000 €

Es ist ein Initialaufwand nötig, s. Antrag 38:

Geschätzt: Für Konzeption und Einführung 3 VZÄ für ca. 5 Jahre (so digital und betreuungsarm wie möglich), danach für Aufrechterhaltung und Fortbestand 1 VZÄ

Kostenschätzung analog Stabsstelle Konversion, ebenfalls 3 Mitarbeitende, d.h. Personalkosten ca. 500.000 €/ Jahr

Es muss einen Mehrwert geben für die Zahler, etwa ÖPNV-Gutscheine bzw. Parkgutscheine, bspw. 20,- €/ Monat (bei Einwohnermodell 1,-€/Tag) oder Wegfall Anwohnerparkgebühren (bei Kfz-Haltermodell), Anwohnerparkgenehmigungen werden allerdings weiterhin benötigt. Erst muss entschieden werden, welches Modell, dann die Vergünstigungen.

Änderungsanträge zum Haushaltsplanentwurf 2025/2026

Nr.	Partei	TH	EHH (1)	Beschreibung /	Ziel	Maßnahme	finanzielle Änderung 2025			finanzielle Änderung 2026			Anmerkung der Verwaltung
			FHH (2)	Erläuterung	Formulierung eines neuen Ziels /	Formulierung einer neuen Maßnahme /	Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE	
					Änderung eines bestehenden Ziels	Änderung einer bestehenden Maßnahme							
1	FDP /FWV	01	1	Streichung der geplanten Stellen zur Haushaltskonsolidierung	-	-	449.500,00 €			449.500,00 €			
2	FDP /FWV	01	1	Kürzung der Mittel für Markenkommunikation umjährlich 20%	-	-	13.000,00 €			13.000,00 €			
3	FDP /FWV	01	1	Kürzung der Mittel für Protokollarische Angelegenheiten / Städtepartnerschaften / Europaangelegenheiten um 10%		Feierlichkeiten zu Städtepartnerschaftsjubiläen im kleineren Rahmen durchführen	35.580,00 €			42.560,00 €			
4	FDP /FWV	11	1	Streichung von 2 neu geplanten Stellen zur Haushaltskonsolidierung			160.000,00 €			160.000,00 €			
5	FDP /FWV	11	1	Kürzung der Mittel für Geschäftsaufwendungen / Personalmarketingmaßnahmen um jährlich 10%			39.090,00 €			39.090,00 €			
6	FDP /FWV	12	1	Kürzung der Projektmittel für Bürgerbeteiligung um 5% jährlich.			4.750,00 €			4.500,00 €			
7	FDP /FWV	13	1	Streichung der im Haushaltsplan 2025 neu vorgesehenen zusätzlichen Stelle im TH13.			84.000,00 €			84.000,00 €			
8	FDP /FWV	13	1	Kürzung der Sachmittel für Pressearbeit um jährlich 10% .			2.000,00 €			2.000,00 €			
9	FDP /FWV	13	1	Kürzung der Mittel für Öffentlichkeitskampagnen um jährlich 10%.			2.500,00 €			2.500,00 €			
10	FDP /FWV	15	1	Streichung von 1,5 neu geplanten Stellen im TH15			123.000,00 €			123.000,00 €			
11	FDP /FWV	15	2	Kürzung der Investitionsmittel für Büro- und EDV-Ausstattung um jährlich 20%.					16.500,00 €		16.080,00 €		
12	FDP /FWV	16	1	Anpassung der Eigenbeteiligung am Frauennachttaxi zum 01.07.2025 von 6 € auf 7 € zur Entlastung des städtischen Haushalts.			10.000,00 €			10.000,00 €			
13	FDP /FWV	16	1	Erhöhung des Zuschusses an den Queer Space Heidelberg um 20.000€ jährlich. Gegenfinanzierung aus Kürzungen im TH16 (Anträge Nr. 20 und 22)				-20.000,00			-20.000,00		
14	FDP /FWV	17	1	Streichung von 1 der 10 im Haushaltsjahr 2025 neu vorgesehenen Stellen im TH17			82.000,00 €			82.000,00 €			
15	FDP /FWV	20	1	Streichung einer der neu vorgesehenen Stellen im TH20			84.000,00 €			84.000,00 €			
16	FDP /FWV	02-01	1	Kürzung der Sach- und Dienstleistungskosten um jährlich 20%. Netzwerk- und Veranstaltungsarbeit ist sinnvoll, aber in reduzierter Form möglich			6.800,00 €			6.800,00 €			
17	FDP /FWV	02-01	1	Kürzung der sonstigen ordentlichen Aufwendungen jährlich 20%. Öffentlichkeitsarbeit & Plattformentwicklung können verschlankt werden			5.000,00 €			5.000,00 €			
18	FDP /FWV	02-02	1	Kürzung der Transferaufwendungen für Metropolink Commissary auf dem PHV-Gelände um jährlich 15%.			10.500,00 €			10.500,00 €			
19	FDP /FWV	31	1	Kürzung der Sach- und Dienstleistungen im TH31, insbesondere im Bereich Öffentlichkeitsarbeit und Netzwerktreffen, um 10%. Veranstaltungen und Netzwerke können in reduziertem Umfang weitergeführt werden, inhaltliche Ziele bleiben erreichbar.			15.841,00 €			15.486,00 €			
20	FDP /FWV	31	1	Kürzung der konsumtiven Mittel für Agenda-2030- und BNE-Projekte um 20%. Projekte bleiben grundsätzlich möglich, Umfang und Ausstattung können reduziert werden.			15.000,00 €			15.000,00 €			
21	FDP /FWV	31	1	Kürzung der Zuschüsse an Dritte im TH31 um 15%			44.880,00 €			44.880,00 €			
22	FDP /FWV	34	1	Streichung der neu vorgesehenen 2 Stellen im TH34			168.000,00 €			168.000,00 €			
23	FDP /FWV	41	1	Kürzung der Sachmittel im Bereich UNESCO City of Literature um 20%.Reduktion bei Netzwerken und internationalen Formaten möglich.			30.000,00 €			30.000,00 €			

Nr.	Partei	TH	EHH (1)	Beschreibung /	Ziel	Maßnahme	finanzielle Änderung 2025			finanzielle Änderung 2026			Anmerkung der Verwaltung
			FHH (2)	Erläuterung	Formulierung eines neuen Ziels /	Formulierung einer neuen Maßnahme /	Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE	
					Änderung eines bestehenden Ziels	Änderung einer bestehenden Maßnahme							
24	FDP /FWV	41	1	Kürzung der Mittel für das Hip Hop Forum Heidelberg um 30%. Drittmittelfinanzierung ausbauen, Umfang der Veranstaltungen reduzieren.			30.000,00 €			30.000,00 €			
25	FDP /FWV	41	1	Kürzung der Mittel für das UnterwegsTheater (inkl. Choreographisches Centrum) um 5%. Drittmittelfinanzierung ausbauen, Umfang der Veranstaltungen reduzieren.			22.500,00 €			22.500,00 €			
26	FDP /FWV	41	1	Zuschuss für die Heidelberger Sinfoniker in Höhe von 20.000 € jährlich zur Unterstützung des Fortbestands und der kulturellen Vielfalt in der Stadt.	Stärkung der freien Kulturszene	Zuschuss an Heidelberger Sinfoniker		-20.000,00			-20.000,00		
27	FDP /FWV	42	1	Kürzung des Ausstellungsetats für Sonderausstellungen im TH42 um 25%. Umfang der Formate kann reduziert oder über Kooperationsprojekte kofinanziert werden.			97.475,00 €			97.475,00 €			
28	FDP /FWV	42	2	Streichung der Investition für einen Container zur Lagerung archäologischer Funde im TH42		Nutzung bestehender Lagerflächen oder Kooperationen prüfen			60.000,00 €				
29	FDP /FWV	45	1	Kürzung des Medienetats im TH45 um 5%. Medienbestand der Stadtbücherei ist überdurchschnittlich, moderate Reduktion beeinträchtigt die Versorgung nicht stark.			24.200,00 €			24.200,00 €			
30	FDP /FWV	47	1	Streichung der Mittel für die Neuauflage des Buchprojekts 'Architekturführer Heidelberg'.Publikation mit optionalem Charakter, keine Pflichtaufgabe des Archivs.			8.000,00 €			10.000,00 €			
31	FDP /FWV	51	1	Streichung von 2,5 der neu vorgesehenen Stellen im TH51			210.000,00 €			210.000,00 €			
32	FDP /FWV	63	1	Streichung der neu vorgesehenen 1,0 Stelle im TH63			84.000,00 €			84.000,00 €			
33	FDP /FWV	63	2	Streichung der Investitionen für Büro- und EDV-Ausstattung im TH63. Begründung: Keine zusätzlichen Stellen, vorhandene Ausstattung ausreichend.			20.000,00 €						
34	FDP /FWV	65	2	Streichung der gesamten Maßnahme 8.65300010 „Medientechnik Sitzungssäle“ im Jahr 2025 und 2026. Begründung: Maßnahme ist nicht zeitkritisch und kann bei Bedarf zu einem späteren Zeitpunkt erneut angestoßen werden					25.000,00 €			35.000,00 €	
35	FDP /FWV	01 / 65	2	Einführung der Open-Source-Gremien-Software OpenSlides oder Equivalent für städtische Gremienarbeit. Ziel ist die transparente und digitale Unterstützung von Sitzungsverläufen, Abstimmungen und Dokumentationen.	Digitale Sitzungsunterstützung / Transparente Kommunalpolitik	Einführung OpenSlides		-15.000,00			-15.000,00		
36	FDP /FWV	67	1	Streichung von 1 der im Haushaltsentwurf 2025/26 neu vorgesehenen VZÄ im TH67			82.000,00 €			82.000,00 €			
37	FDP /FWV	FW	1	Streichung der Einführung der Verpackungssteuer. Gründe: Bürokratischer Mehraufwand; Mögliche Wettbewerbsverzerrungen; Ökologische Zielerfüllung fraglich; Branchenbelastung						500.000,00 €			

1.963.616,00 € -55.000,00 101.500,00 € 2.451.991,00 € -55.000,00 51.080,00 €

Gesamte Ersparnisse 4.568.187,00 €
Gesamte Ausgaben - 110.000,00 €

[illegible]

Vordruck Änderungsanträge zum Haushaltsplanentwurf 2025/2026

Nr.	Partei	TH	EHH (1) FHH (2)	Beschreibung / Erläuterung	Ziel Formulierung eines neuen Ziels / Änderung eines bestehenden Ziels	Maßnahme Formulierung einer neuen Maßnahme / Änderung einer bestehenden Maßnahme	finanzielle Änderung 2025			finanzielle Änderung 2026			Anmerkung der Verwaltung
							Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE	
1	Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, elitenförderung und basisdemokratische Initiative - Die PARTEI	1		Mehr junge Feierkultur S.6	SWR4 Partys für junge Menschen oder Schlagerfest der Volksmusik mit Florian Silbereisen			50.000			150.000		
2	Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, elitenförderung und basisdemokratische Initiative - Die PARTEI	1		Boten-, Zustell-, Postdienst S.8	Portokosten einsparen	Digitale Möglichkeiten nutzen		-100.000			-200.000		
3	Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, elitenförderung und basisdemokratische Initiative - Die PARTEI	20		Zuschuss an den Eigenbetrieb Theater und Orchester Heidelberg. S.7	Elitenförderung	Schaffung 62 Plätze der Kategorie "Bourgeoise exclusive deluxe" für 500 Euro pro Platz und Vorstellung inkl. 1 Glas		-5.000.000			-10.000.000		
4	Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, elitenförderung und basisdemokratische Initiative - Die PARTEI	23		Grundstücksmanagement, S.9	Verkauf für Wohnbau und Stadtentwicklung streichen	Erbbau oder selbst bebauen	-5.000.000			-5.000.000			
5	Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, elitenförderung und basisdemokratische Initiative - Die PARTEI	81		Beschaffung bewegliches Vermögen, S.21	Messfahrzeuge zur Geschwindigkeitsmessanlage wird gestrichen			-180.000			-190.000		
6	Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, elitenförderung und basisdemokratische Initiative - Die PARTEI	81		Beschaffung bewegliches Vermögen, S.21	Messzeppelin statt Messfahrzeuge							20.000.000	
7	Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, elitenförderung und basisdemokratische Initiative - Die PARTEI	81		Zeppelinbeschaffung für ÖPNV								185.000.000	
8	Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, elitenförderung und basisdemokratische Initiative - Die PARTEI	20		Einrichtung und Betrieb Rathauscasino	Haushalt sanieren, Schuldenabbau	Im Rathaus wird ein Casino eingerichtet (generiert ca. 1 Mio Euro pro Tag)	180.000.000			360.000.000			
9	Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, elitenförderung und basisdemokratische Initiative - Die PARTEI	20		Einfrieren von Schulden via Kryotechnik		Schulden werden via Kryotechnik eingefroren und nach Sanierung durch Casinoeinnahmen aufgetaut							
	Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, elitenförderung und basisdemokratische Initiative - Die PARTEI	37		Planungsmittel Feuerwerhäuser verdoppeln,Beträge sollen nicht nicht ggs deckungsfähig sein	Ehrenamt stärken, keinen Planungsstopp für Feuerwehrhaus Altstadt			400.000			400.000		
	Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, elitenförderung und basisdemokratische Initiative - Die PARTEI	37		Löschzeppelin	Moderner Fuhrpark Feuerwehr							20.000.000	
	Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, elitenförderung und basisdemokratische Initiative - Die PARTEI	allgem ein				Jedes "müssen" im Haushaltsplan wird durch "müssten" ersetzt	unklar	unklar		unklar	unklar		
	Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, elitenförderung und basisdemokratische Initiative - Die PARTEI	30		Einführung Bußgeldroulette und Steuerblackjack	Doppelt oder nichts		unklar	unklar		unklar	unklar		
	Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, elitenförderung und basisdemokratische Initiative - Die PARTEI	20		Einnahmen Roulettespiel durch Gemeinderatsmitglieder	jeweils 1 mio auf PARTEIrot		108.000.000	54.000.000		108.000.000	54.000.000		
	Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, elitenförderung und basisdemokratische Initiative - Die PARTEI	16/41		Zuschussempfänger erhalten 3% mehr	Inflationsausgleich			350.000			350.000		

Vordruck Änderungsanträge zum Haushaltsplanentwurf 2025/2026

Nr.	Partei	TH	EHH (1) FHH (2)	Beschreibung / Erläuterung	Ziel Formulierung eines neuen Ziels / Änderung eines bestehenden Ziels	Maßnahme Formulierung einer neuen Maßnahme / Änderung einer bestehenden Maßnahme	finanzielle Änderung 2025			finanzielle Änderung 2026			Anmerkung der Verwaltung
							Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE	
1	IDA	31	EHH (1) FHH (2)	Heidelbergs Beitrag zur globalen Klimaerwärmung ist verschwindend gering, eine Klimaneutralität hat keinen globalen Effekt, und die hohen Kosten machen Heidelberg zu einem abschreckenden Beispiel. Daher Streichung aller freiwilligen Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsmaßnahmen im TH 31, um auf das gesetzliche Minimum zu reduzieren: Dies umfasst Umwelt- und Klimaschutz (2,03 Mio. €), Naturschutz und Landschaftspflege (1,35 Mio. €), Lokale Agenda (0,23 Mio. €), Gebäudemanagement (0,33 Mio. €), alle klimabezogenen Investitionen (0,67 Mio. €) sowie eine Personalreduktion um 10 Stellen (1 Mio. €). Gesamteinsparung: 5,61 Mio. € jährlich.	Klimaneutralität, Nachhaltigkeitsziele und freiwillige Umweltmaßnahmen aufgeben, auf gesetzliches Minimum beschränken.	Alle Ziele zu Klimaneutralität (z. B. „Klimaneutrale Stadtverwaltung bis 2030“), Nachhaltigkeit (z. B. „Förderung der Agenda 2030“), Biodiversität (z. B. „Erhalt der biologischen Vielfalt“), Energieeinsparungen (z. B. „Energieeinsparungen an Schulen“) und Investitionen (z. B. „Klimawandelanpassung“) werden gestrichen; Fokus auf gesetzliche Mindestanforderungen (z. B. Gewerbeaufsicht, Arbeitsschutz).	-486.000	-5.399.365	-350.000	-470.000	-5.609.365	-350.000	
2	IDA	16	EHH (1) FHH (2)	Als große Teile der Bevölkerung politisch motivierter Diskriminierung ausgesetzt waren, blieb das Amt für Chancengleichheit tatenlos. Stattdessen konzentriert sich das Amt auf vermeintliche Diskriminierungstatbestände, die politisch opportun sind – etwa im Bereich Queer oder Rassismus –, deren tatsächliche gesellschaftliche Relevanz jedoch kaum belegt ist. Damit verliert sich der Einsatz für Chancengleichheit in symbolpolitischen Projekten, während reale, massenhafte Ausgrenzung – wie jene während der Corona-Zeit – ignoriert wurde. Es ist zum Beispiel nicht ersichtlich, warum eine spezielle Förderung geschlechtsspezifischer oder sexueller Gruppen erforderlich ist, da die Stadt bereits durch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) und andere gesetzliche Vorgaben verpflichtet ist, Diskriminierung zu verhindern. Freiwillige Projekte wie das Queer Festival oder die Unterstützung von LSBTIQ+-Jugendgruppen gehen über diese Pflichten hinaus und binden Ressourcen, die für allgemeinere Ziele genutzt werden könnten. Die Stadt sollte sich auf die Umsetzung gesetzlicher Vorgaben beschränken, anstatt umfangreiche freiwillige Programme wie Mosaik e.V. oder Demokratie leben! zu finanzieren, deren Nutzen für die Gesamtbevölkerung nicht nachgewiesen ist.	Freiwillige Projekte in Antidiskriminierung und LSBTIQ+/Queer streichen, gesetzliche Aufgaben beibehalten.	Streichung freiwilliger Maßnahmen im TH 16 in den Bereichen Antidiskriminierung und LSBTIQ+/Queer, um Kosten zu reduzieren: Dies umfasst Projekte wie Mosaik e.V., Demokratie leben! (0,33 Mio. € jährlich), Queer Festival, Queer Youth, PLUS e.V. (0,37 Mio. € jährlich), sowie zugehörige Sachkosten (0,09 Mio. € jährlich), Investitionen (0,04 Mio. € in 2025, 0,01 Mio. € in 2026) und eine Personalreduktion um 3 Stellen (0,30 Mio. € jährlich). Fördermittel entfallen: 0,18 Mio. € jährlich. Nettoeinsparung: ca. 0,95 Mio. € jährlich (0,96 Mio. € in 2025, 0,93 Mio. € in 2026). Frauennotruf, BIWAQ V, Projekte der Kommunalen Behindertenbeauftragten und Jüdisch-Muslimische Kulturtage bleiben erhalten.	-177.600	-1.136.247	-35.500	-177.600	-1.108.247	-7.500	
3	IDA	1	EHH (1) FHH (2)	Die Corona-Jahre haben bei vielen Menschen in Heidelberg psychische, physische und wirtschaftliche Schäden hinterlassen, deren Folgen bis heute spürbar sind. Politische Entscheidungen führten zu massiven Grundrechtseinschränkungen und zu einer gesellschaftlichen Spaltung, die noch lange nicht überwunden ist. Eine ehrliche Aufarbeitung der Corona-Politik ist unverzichtbar, wenn man den Betroffenen gerecht werden will. Dafür müssen die nötigen Mittel bereitgestellt werden. Wir schlagen vor, freiwillige Mittel aus dem Haushaltstitel TH01 in den Bereich 11.14b – Bürgerschaftliches Engagement / Gesellschaftliches Miteinander umzuschichten, um die notwendigen Schritte zu einer Corona-Aufarbeitung auf kommunaler Ebene in die Wege zu leiten.	Umverteilung von Mitteln im TH 01, um eine umfassende Aufklärung der Corona-Folgen zu finanzieren: Mittel aus freiwilligen Maßnahmen wie Markenkommunikation, regionale Kooperationen (0,09 Mio. € jährlich), protokollarische Veranstaltungen, Städtepartnerschaften, Europaarbeit (0,18 Mio. € jährlich), Bürgerschaftliches Engagement, Stadtteilbudgets, junge Feierkultur (0,85 Mio. € jährlich), und Innovationsprojekte (0,58 Mio. € jährlich) werden umverteilt. Fördermittel entfallen: 0,03 Mio. € jährlich. Die umverteilten Mittel (1,69 Mio. € in 2025, 1,71 Mio. € in 2026) werden für eine neue Maßnahme in 11.14b verwendet: Aufklärung der physischen, psychischen und finanziellen Folgen der Corona-Politik. Durch Streichung von oben genannten freiwilligen Maßnahmen wird erheblich mehr eingespart, als die Corona-Aufarbeitung an finanziellen Mitteln benötigen würde.	Beauftragung einer unabhängigen Studie zur Untersuchung der physischen, psychischen und finanziellen Schäden der Corona-Jahre (ca.500.000 verteilt auf 2025/2026). Organisation von Bürgerdialogen und öffentlichen Veranstaltungen, um die Folgen der Corona-Politik und die Spaltung in der Gesellschaft zu thematisieren und Lösungsansätze zu erarbeiten (ca. 200.000 € jährlich). Erstellung eines Berichts mit Handlungsempfehlungen für die Stadtverwaltung, um zukünftige Krisen besser zu bewältigen und gesellschaftliche Spaltung zu vermeiden (100.000 € jährlich) .		-800.000			-1.400.000		